

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Woll und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Ferner Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
2. Oktober 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Kompressezeitung 60 Pfennig. Restamtliche 2.— Reichsmark. „Kleine Angelegenheiten“ das letzte Heft der 25. Nummer (jünglich) zwei Heftgebühren. Jedes weitere Heft 12 Pfennig. — Größere Gebühre des Heft 15 Pfennig. Jedes weitere Heft 10 Pfennig. — Heft über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Enjagenannahme im Hauptgeschäft Einheitspreis 2. wochentags, von 9 bis 11 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Betreiber: Dönhofs 290-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 97338. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten WdVfr. 68. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 11111, Berlin SW 68.

Der Arbeitertag verboten!

Die Heimwehrprovokation bleibt erlaubt!

Wien, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Leiter der Bundespolizei in Wiener-Neustadt hat am Montag den Sozialdemokratischen Arbeitertag, der für den 7. Oktober als Antwort auf die Provokation des Heimwehrmarches vorgesehen war, verboten. Diese Nachricht hat in der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen.

In der Vollversammlung der Arbeiterkammer für Wien und Niederösterreich erklärte deren Erster Sekretär Dr. Palla am Schluß seines Geschäftsberichts, daß die Einberufung der Heimwehrtagung als schwere Herausforderung der Arbeiterschaft empfunden werden müsse. Es wäre Pflicht der Regierung, den Heimwehramarsch ebenfalls zu verbieten. Das jetzt erlassene Verbot des Arbeitertages zeige aber die parteiische Einstellung der Regierung und ihren mangelnden Willen zur Wahrung des inneren Friedens. Jedenfalls trage die Regierung die Verantwortung für die weiteren Ereignisse.

Am morgigen Dienstag wird sich die Landesregierung von Niederösterreich, deren Vizepräsident der Sozialdemokrat Helmer ist, mit der Angelegenheit beschäftigen.

Schwere Verantwortung.

In der Begründung des Verbotes heißt es, aus dem bekannt gewordenen Programm der sozialdemokratischen Veranstaltung gehe hervor, daß die Sozialdemokratische Partei die ganze Stadt mit Ausnahme des Parks der Bundeserziehungs-

anstalt (ehemalige Militärakademie) in Anspruch nehmen und von ihren Anhängern derartig besetzen lassen werde, daß für die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen kein Platz bleibe.

Die morgige „Arbeiter-Zeitung“ schreibt zu dem Verbot: „Der Landeshauptmann Buresch hat durch das Verbot die Lage außerordentlich verschärft. Von allen möglichen Lösungen der Krise ist diese die unmöglichste. Niemand kann glauben, daß es irgendeine Macht gibt, die die Wiener-Neustädter Arbeiter und die Arbeiter des umliegenden Industriegebietes hindern könnte, am 7. Oktober auf den Straßen von Wiener-Neustadt zu sein. Das Verbot hat also nur die einzige Wirkung, daß dann eben eine unorganisierte und undisziplinierte Masse da sein wird, und daß

der Partei die Möglichkeit genommen wird, durch Ordnungsdienst und durch Reden zu den Massen gewalttätige Zusammenstöße zu verhindern.

Der Landeshauptmann nimmt also eine ungeheure Verantwortung auf sich.“

Der Artikel schließt mit der Erklärung: Wir machen auf den ganzen Ernst, die Tragweite und die schwere Verantwortung für diese Entscheidung aufmerksam!

Am übrigen hat der Landeshauptmann am Nachmittag, nachdem das Verbot ergangen war, die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung (die Regierungen der Bundesländer werden von den Landtagen durch Proporz gewählt. Red. d. „A.“) zu einer Besprechung eingeladen. Die Sitzung der Landesregierung am Dienstagmorgen wird über die Sache beraten und die endgültige Entscheidung auch über die Berufung fällen, die die Sozialdemokratische Partei gegen das Verbot eingebracht hat.

Die Fragen der Reparation.

Vor den Beratungen der Sachverständigen.

Es sind in wenigen Wochen zehn Jahre, daß der Weltkrieg zu Ende ging. Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt werden die Sachverständigen zusammentreten, um über die Endlösung des Reparationsproblems zu verhandeln. Je mehr Zeit seit Ausbruch und Ende des Weltkrieges verstreicht, um so sachlicher werden die Probleme erörtert, die sich aus seiner Liquidierung ergeben.

Der Versailles Vertrag machte Deutschland und seine Verbündeten grundsätzlich (Art. 231) für alle Verluste und Schäden verantwortlich, die „die Alliierten und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben“, und verlangte praktisch Ersatz für die gesamten Schäden der Zivilbevölkerungen und für die Kriegskosten und -pensionen der alliierten Sieger. Dementsprechend setzten sie noch 1921 auf der Londoner Konferenz die deutsche Reparationsschuld auf 132 Milliarden fest — zu 5 Proz. ohne Tilgung gerechnet bedeutete das eine ewige Reparationsschuld für Deutschland in der Höhe von jährlich 6,6 Milliarden Goldmark. Der Bankrott Deutschlands, der daraufhin folgte, zwang dazu, das Reparationsproblem von „unabhängigen“ Männern — der Kommission unter dem Vorsitz des Amerikaners Dawes — sachverständig unterzuchen zu lassen. Nicht an Instruktionen ihrer Regierungen gebunden, gingen sie „von geschäftlichen und nicht von politischen Gesichtspunkten aus“. Da durch die Inflation die deutschen Staats- und Kriegsschulden gestiegen waren, stellten sie den Grundsatz auf, der deutsche Steuerzahler müsse mit einer Schuld belastet werden, die der Last des französischen, englischen, italienischen und belgischen Steuerzahlers gleichwertig ist. Sie hielten sich dementsprechend — nach einer Uebergangszeit, die am 1. September 1928 abließ — für berechtigt, die normale Leistung Deutschlands auf 2½ Milliarden Goldmark jährlich festzusetzen, aber auch sie begannen schon den Unterschied zwischen Steuereinzahlung im eigenen Lande und Uebertragung auf ein anderes zu erkennen und lehnten den Transferschuh ein, der die Uebertragung zu großer Summen verhindert, falls sie die Währung gefährdet. Dies sind die Grundlagen des Dawes-Plans, der die Nachkriegspolitik abschloß, zu Locarno und Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund und den Völkerbundsrat führte.

Aber 1924 waren den Sachverständigen noch „politische Schranken“ gezogen, die sie verhinderten, die vollen Konsequenzen aus der internationalen Betrachtungsweise zu ziehen. Für die Festsetzung einer tragbaren Endsumme waren weder die Regierungen noch die Bevölkerungen der alliierten Länder reif. Der Dawes-Plan begnügt sich daher, die Verzinsung und Tilgung der deutschen Eisenbahn- und Industrieobligationen innerhalb von 37 Jahren vorzusehen, läßt aber offen, was später zu geschehen hat. Er blieb eine vorläufige Regelung, aber das nicht nur, weil die Kriegsstimmung gegenüber Deutschland noch nicht genügend verzogen war, sondern auch weil es die finanziellen Verpflichtungen der Alliierten untereinander erst noch zu regeln galt. Nur England hatte schon vorher sein Schuldenabkommen mit Amerika getroffen. Erst nach der Dawes-Regelung sind alle anderen Schuldenabkommen zustande gekommen. Sie beruhen sämtlich auf dem Grundsatz, daß in 62 Jahren Frankreich, Belgien, Italien und kleinere Alliierte an England und an Amerika das abzahlen, was sie während des Weltkrieges an Geld, Kriegsmaterialien und Lebensmitteln aus Amerika bezogen. Nach einigen Jahren Uebergangszeit werden die von Europa nach Amerika gehenden Beträge die Summe von etwa 1600 Millionen Goldmark jährlich erreichen. Die deutsche Reparationslast deckt also nicht nur die Schuldverpflichtungen der europäischen Staaten an Amerika, sondern geht weit darüber hinaus.

Daß die Vereinigten Staaten in absehbarer Frist dazu bereit sein sollten, die interalliierten Schulden zu kürzen, ist vorläufig nicht anzunehmen. Zunächst deshalb, weil bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten im März die abtretende Regierung keine großen internationalen Verhandlungen in Angriff nimmt. Dann aber auch für längere Dauer, weil eine Herabsetzung der interalliierten Schulden die Lasten des amerikanischen Steuerzahlers erhöht. Das Interesse des amerikanischen Finanzkapitals freilich geht dahin, an der Umwandlung der Schulden von Staat zu Staat in eine Schuld der Staaten an Privatgläubiger zu verdienen. Erst wenn dies Interesse übermächtig wird, ist eine Gesamtregelung der internationalen Schuldenfrage, die auch die interalliierten Schuldenabkommen mit hineinzieht, zu erwarten. Damit ist vorläufig nicht zu rechnen. So werden die Beratungen der Sachverständigen die Verpflichtungen der Gläubiger Deutschlands an Amerika als die Grundlage auch der deutschen Reparationsneuregelung ansehen müssen.

Aber auch auf dieser Grundlage, von der das Genfer Kommuniqué vom 16. September ausgeht, haben die Sach-

Liquidierung der Teno!

Cervering streicht die Technische Nothilfe aus dem Etat.

Der Reichsminister des Innern hat dem Leiter der Technischen Nothilfe unter dem 1. Oktober mitteilen lassen, daß die bisher zur Verfügung gestellten Reichsmittel ab 1. April 1929 nicht mehr ausgezahlt werden. Von diesem Termin an werden lediglich noch Mittel zur Abwicklung der Teno bereitgestellt. Der vom Reich zur Unterhaltung der Technischen Nothilfe zur Verfügung gestellte Betrag beläuft sich auf rund 2½ Millionen Mark.

Sitzung des Reichskabinetts.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler des 81. Geburtstag des Reichspräsidenten, dem er die herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung übermittelt hat.

Das Kabinett nahm alsdann den Bericht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schubert über die Arbeiten der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrats in der Zeit nach der Abreise des Reichskanzlers von Genf entgegen.

Ferner beschloß das Reichskabinett die Ernennung eines Nachfolgers im Vorläufigen Reichswirtschaftsamt für den ausgeschiedenen Reichsfinanzminister Dr. Hiltner in der Person des Leiters der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik Frh. Raphael. Als Termin für die Tagung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform wurde die Zeit vom 22. bis 24. Oktober festgesetzt.

Abbröckelnder Faschismus.

Gajda entbindet vom Faschisteneid.

Prag, 1. Oktober.

Die Meinungsverschiedenheiten, durch die die faschistische Organisation in der Tschechoslowakei in ihren Grundlagen erschüttert worden ist, kommen in einem Aufruf des tschechischen Faschistenführers Gajda zum Ausdruck. Darin entbindet Gajda alle jene Mitglieder, denen der Faschismus nicht mehr gefällt und die den faschistischen Weg nicht mehr weitergehen wollen, des Faschisteneides, und fordert diejenigen, die der faschistischen Idee nicht mehr dienen wollen und seinen und den Befehlen der Funktionäre nicht mehr nachkommen wollten, zum Verlassen der faschistischen Reihen auf. Der Aufruf schließt mit der Erklärung, daß Gajda aus der faschistischen Bruderschaft eine Granitmauer gegen alle Feinde des Staates errichten wolle.

Das britische Arbeiterparlament.

Lansburys Eröffnungsrede.

Birmingham, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

In Anwesenheit von annähernd tausend Delegierten wurde der diesjährige Parteitag der Arbeiterpartei, der der Vorbereitung der kommenden Neuwahlen gewidmet ist und der Partei ein Wahl- und Aktionsprogramm geben soll, eröffnet. Parteivorsitzender George Lansbury begann seine Eröffnungsrede mit einem Ueberblick über die Fortschritte der Arbeiterpartei und mit einem Appell für den Wahlfonds, der durch die Klauseln des Anti-Gewerkschaftsgesetzes der konservativen Regierung in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Lansbury setzte sich dann mit den Kommunisten auseinander und erklärte im Namen der Partei, er würde es nur begrüßen, wenn ausgeschlossene Kommunisten ihren Weg zur Arbeiterpartei zurückfinden würden; das sei jedoch nur auf der Basis der Anerkennung des Prinzips der Demokratie möglich und keinesfalls, solange die Kommunisten die Führer der Arbeiterpartei für Scharlatane, Heuchler und Feiglinge erklären. Eine doppelte Loyalität gegenüber der sozialistischen und der kommunistischen Bewegung sei unmöglich. Zur Koalitionsfrage erklärte Lansbury, daß der Versuch eines Zusammengehens mit den in Zerlegung befindlichen Ueberbleibseln des Liberalismus zum Scheitern verurteilt sei. Die Arbeiterpartei wolle den Sozialismus, dem alle übrigen Parteien feindlich gegenüberstünden. Daher sei zwischen den bürgerlichen Parteien und der Arbeiterpartei Zusammenarbeit oder Koalition unmöglich. Die Arbeiterpartei sei in einem bestimmten Sinne keine Klassenpartei. Sie nehme

in ihren Reihen Männer und Frauen aus allen Klassen der Gesellschaft

auf, und ihre Politik hätte zum Ziel, der Gemeinschaft als Gesamtheit zu dienen. Der Geist des Klassenkampfes herrsche auf der Gegenseite, bei den Bankiers, Monopolbeherrschern und Kapitalisten, zu deren Werkzeug sich Baldwin in seiner sozialreaktionären Gesetzgebung gemacht habe.

Der Parteitag hat mit überwältigender Mehrheit eine vom Vorkomitee der Partei empfohlene Entschließung angenommen, die bestimmt, daß Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen werden.

Zeppelin nach Berlin!

Eintrreffen gegen mittag.

Der neue Zeppelin wird heute morgen 7 Uhr zu seiner großen Deutschlandfahrt in Friedrichshafen aufsteigen. Er wird voraussichtlich heute zwischen 12 und 1 Uhr über Berlin eintrreffen.

(Näheres im lokalen Teil.)

Der Abbruch der Weichselbrücke.

Deutschland ersucht um Erhaltung der Brücke. — Die PPS. bleibt in Opposition.

verständigen eine Fülle von Problemen zu bewältigen. Sie werden das Funktionieren des Dawes-Planes in den letzten vier Jahren prüfen und die Konsequenzen erwägen, die sich daraus ergeben. Die Uebergangszeit der geringeren Reparationsleistung von 1924 bis 1928 ist zu kurz gewesen. Die Uebertragung der deutschen Reparationszahlungen wurde durch Anleihen Deutschlands im Ausland ermöglicht, eine Art der Reparationszahlung, die der Dawes-Plan nicht in Betracht zog. Die Höhe der Reparationslast ist zu überprüfen, die Anpassung an die interalliierten Schuldenabkommen zu vollziehen, die Endsumme in einer wirtschaftlich möglichen Höhe vorzuschlagen und dabei alle Einzelfragen zu untersuchen, wie die Mobilisierung im ganzen oder in Teilbeträgen und eine Aufhebung des Transferengeldes. Ganz von selbst werden daraus auch die Fragen aufsteigen, die das Verhältnis der Reparationsempfänger untereinander berühren. Die öffentliche Meinung der alliierten Länder wird sicherlich mit dazu beitragen wollen, daß die Endliquidierung der Reparationen in allererster Linie dem Lande zugute kommt, auf dessen Gebiet der Weltkrieg am zerstörerischsten wirkte. Tiefgehende Wirkungen werden von den kommenden Beratungen auch für die innere Verteilung der Kriegskosten auf die verschiedenen Klassen ausgehen.

Daß der Ausschuß der Sachverständigen in einigen Wochen seine Arbeiten aufnimmt, liegt im Sinne der Genfer Vereinbarungen. Er wird seine Aufgaben um so besser erfüllen, je mehr seine Mitglieder von politischen Instruktionen ihrer Regierungen frei sind, dafür aber von wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten ausgehen.

Wie auch immer die Beratungen der Sachverständigen ausfallen mögen: für einen guten Anfang ist die Grundlage durch die Friedenspolitik des letzten Jahres geschaffen. In Versailles sollte das Reparationsproblem unter dem Gesichtspunkt der Rache und der Strafe erledigt werden. Dieser Erledigungsversuch ist an sachlichen Notwendigkeiten gescheitert.

Das Reparationsproblem wird nur noch von nationalistischen Fanatikern unter dem Gesichtspunkt der „Schuld“ am Ausbruch des Weltkrieges gewertet. Diese Reparationsgrundlage ist verlassen. Die Schuldverpflichtungen der europäischen „Sieger“ an den Sieger „Amerika“ sind die neue Verhandlungsgrundlage geworden. Es wird die Aufgabe der kommenden Beratungen und Verhandlungen sein, immer klarer herauszuarbeiten, daß der Weltkrieg eine gemeinsame Katastrophe war, an der alle teilhaben. Diese Erkenntnis beginnt sich auch im Bewußtsein durchzusetzen. Das militäristisch-absolutistische Mächtesystem der Vorkriegszeit wird allmählich durch die organisierte Zusammenarbeit im Völkerbund ersetzt; an die Stelle des Rechts auf den Krieg tritt der Kampf in parlamentarischen Formen. Ebenso gilt es, dem Gedanken Bahn zu brechen, daß die wirtschaftliche und finanzielle Liquidierung des Weltkrieges die internationale soziale Aufgabe der demokratisch organisierten Völker darstellt.

Der Krieganleihschwandel.

Eine Erklärung des Reichsfinanzministeriums.

Gegenüber den in der Öffentlichkeit in letzter Zeit wiederholt ausgetretenen Gerüchten, das Reich sei in großem Umfange von Hunderten von Millionen bei der Anleihe von Anleihe-Mittelbehältnissen geschädigt worden, wird am 1. d. M. folgendes festgestellt:

Zum Umtausch im Anleihe-Ablösungungsverfahren kamen Markanleihen des Reiches im Gesamtbetrag von nahezu 75 Milliarden Mark in Betracht. Als Mittelbehälter sind hiervon rund 39 1/2 Milliarden anerkannt worden, so daß Auslosungsrechte von nicht ganz 1 Milliarde Reichsmark gewährt worden sind, eine Summe, die sich auf etwa 4 1/2 Millionen Gläubiger verteilt. Bei dem Reichskommissar für die Ablösung der Reichsanleihen alten Bestandes sind von den Mittelbehältnissen im Inland etwa 7 Prozent, im Ausland etwa 10 Prozent der Anträge abgelehnt worden. Unter diesen abgelehnten Anträgen befinden sich auch diejenigen, bei denen Stinnes, Ruhmert, Bela Groß, Colman, Rothmann, u. Waldow usw. beteiligt sind und bezüglich deren das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I Berlin geführt wird. Nach den bisherigen Ermittlungen ist also dem Reich in diesem Falle kein Schaden entstanden. Es stehen vielmehr vorläufig nur Fälle, verurteilten, nicht vollendeten Betruges zur Untersuchung.

In einigen mit der großen Betrugsfalle nicht im Zusammenhang stehenden Fällen, bei denen Auslosungsrechte in einem Gesamtbetrag von rund 128 000 Reichsmark bereits gewährt waren, ist festgestellt worden, daß die Zuerkennung der Auslosungsrechte zu Unrecht erfolgt ist. Die Auslosungsrechte sind zurückgefordert und bereits zu einem großen Teil, zum Beispiel in einem Falle im Betrage von 55 075 Reichsmark, dem Reiche zurückgegeben worden.

Unabhängig von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters findet bereits seit längerer Zeit eine Durchsicht von Akten statt, in denen sich größere Mittelbehältnisse befinden oder aus besonderem Grund eine Nachprüfung angezeigt erscheint. Für die systematische Durchführung dieser Arbeit ist eine Kommission von Sachverständigen Personen bestellt worden, die mit dem früheren Zustellungsverfahren nichts zu tun gehabt haben. Ergeben sich irgendwelche Spuren, die einen hinreichenden Anhalt für eine Strafverfolgung bieten, so ist angeordnet, daß mit der Staatsanwaltschaft umgehend in Verbindung getreten wird.

Marokkaner am Rhein.

Würdige Vertreter Frankreichs?

Landau, 1. Oktober.

Am Sonntagabend wurden auf dem Rahnweg zwei Personen — eine davon Schriftleiter einer Landauer Zeitung — in der Kronstraße von zwei marokkanischen Soldaten angegriffen und mit Fauststößen traktiert. Dabei wurde einer der Deutschen vom Gehsteig geworfen, während die Täter unter Hohnschreien davonliefen.

Unerbittliches. Die Kaiserin von Äthiopien, Witsi, hat dem Thronfolger und bevollmächtigten Regenten, Prinzen Zafari Watsonnen, die Königswürde verliehen. Am 7. Oktober wird er gekrönt. — Die Rückgabe der Besitzungen des ehemaligen deutschen Kaisers in Südafrika soll unverzüglich erfolgen.

Schwertgerichte in Japan sind in Kraft getreten.

Die Reichsregierung hat gegen den beabsichtigten Abbruch der Münsterwalder Brücke bei Marienwerder sowohl im vorigen als im laufenden Jahre bei der polnischen Regierung Vorstellungen erhoben, weil nach dem Abbruch der Brücke die durch die deutsch-polnische Vereinbarung vom 2. Dezember 1925 zugesicherte Benutzbarkeit der über die Brücke führenden Zollstraße Opalenitz (Münsterwalde) — Klein Grabau nicht mehr gewährleistet sei. Da der Abbruch der Brücke trotzdem in Angriff genommen wurde und bis heute dauernd fortgesetzt wird, hat Gesandter Rauscher der polnischen Regierung eine Note überreicht, worin unter Hinweis auf die Zollstrassenvereinbarung das förmliche Ersuchen um Aufrechterhaltung der Brücke gestellt wird.

Warschau, 1. Oktober.

Über den ersten Verhandlungstag des Parliamentschusses der Polnischen Sozialistischen Partei, der über die Haltung der Partei in der kommenden Parlamentsperiode beraten soll, heißt es im parlamentarischen Bericht: Der Vorsitzende des Parteivorstandes Partski begründete in einem ausführlichen Bericht über die politische und wirtschaftliche Lage des Landes, warum von einer Uenderung der oppositionellen Stellung der Polnischen Sozialistischen Partei zum gegenwärtigen Regierungssystem keine Rede sein konnte.

Dies wird um so mehr beachtet, als heute beim Sejmarschall Dajnycki eine Konferenz der Vorsitzenden aller Sejmfraktionen tagt, die zu dem Arbeitsplan für die nächste Sejmtagung und die Aussicht auf die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit erörtert.

Der verschwundene General.

Seinerzeit hat das Verschwinden des nach Warschau berufenen Generals Sogorski, eines besonnenen Pilsudski-Begleiters, das größte Aufsehen erregt. Vor kurzem kam aus Rom die Meldung, ein höherer polnischer Offizier sei nach Litauen desertiert und habe berichtet, daß Sogorski von Pilsudski-Freunden erschossen worden sei, als er sich weigerte, eine Erklärung zugunsten des Marschalls zu unterzeichnen. Als darauf ein Warschauer Dementi kam, nannte Litauen den Namen seines Gewährsmannes: es sei der polnische Generalsstabsoffizier Pjetkiewicz, der im Dienst „Boteslaw Bromowa“ heiße. Dazu schreibt nun wieder das Warschauer Pilsudski-Blatt „Głos Prawdy“ (Stimme der Wahrheit), dieser Pjetkiewicz sei in Wirklichkeit ein Arbeitsloser,

Einheitliche Justiz?

Die Länder für eine Angleichung.

Auf Einladung der sächsischen Justizverwaltung fand zur Fortsetzung von Besprechungen, die im Sommer 1927 in Berlin begonnen haben, am 28. und 29. September d. J. in Dresden eine neue Konferenz von Vertretern der Justizverwaltungen der Länder einschließlich Danzigs, Dessau, Mecklenburg und des Saargebietes statt. Wie der Amalthea-Berichtsbote mitteilt, wandte sich nach der Erörterung von Sachfragen, die die Ausgestaltung des Gerichtswesens und die Aus- und Fortbildung der Beamten des mittleren Justizdienstes betrafen, die Diskussion der Frage zu, ob es möglich sei, auf dem arg zersplitterten Gebiet der Justizverwaltung, aber auch des Justizwesens usw. im Wege freiwilliger Uebereinkunft zu einer Angleichung zu kommen. Die einheitliche Ansicht ging dahin, daß trotz der unüberlegbar großen Schwierigkeiten beschleunigt ein Versuch in Richtung der Angleichung unternommen werden müsse. Ein kleinerer Ausschuß ist beauftragt, alsbald das für die Angleichung in Frage kommende Material zu sammeln und baldigst Vorschläge darüber auszuarbeiten, wie der Gedanke der Verwaltungs- und Rechtsangleichung in naher Zukunft verwirklicht werden könne.

Doch noch Todesstrafe?

Eine Erklärung gegen partikularistische Anhänger der Todesstrafe.

Am 1. d. M. wird mitgeteilt: In der Presse finden sich Angriffe gegen ein Schreiben, das der Reichsminister der Justiz an die Landesregierungen gerichtet hat und das sich mit der Vollstreckung von Todesurteilen beschäftigt. Hierzu wird bemerkt: Der Reichskanzler hat am 3. Juli d. J. in der Erklärung der Reichsregierung im Reichstag zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung bei den Landesregierungen ertragen werde, bis zur gesetzgeberischen Entscheidung über die Frage der

Vor fünfzig Jahren.

„Das Gesetz“ in der Kommission.

2. Oktober 1878.

Die Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie nimmt den Entwurf mit 11 Stimmen gegen 8 Stimmen der Fortschrittler und des Zentrums an. Von den Nationalliberalen hatte v. Stauffenberg gefehlt, Casaker sich der Abstimmung enthalten. Der § 1 des Gesetzes, das bis zum 31. März 1881 gelten soll, war in erster Lesung folgendermaßen gebaut worden:

§ 1. Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnungen gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten.

In der zweiten Lesung wurden die Worte „oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen“ gestrichen. Ein Antrag, der den Sozialdemokraten Freiheit der Wahlversammlung gestatten wollte, wurde unter Stimmengleichheit abgelehnt.

In dieser Form geht der Gesetzentwurf an das Plenum des Reichstags zurück. — Die Sozialdemokraten waren von den Kommissionsberatungen ausgeschlossen.

der aus der Drifchaft Romoswienclanz stammt. Er habe sich der Weichselbrücke schuldig gemacht und u. a. durch seine Fällungen auch die offizielle Zeitung „Epoka“ geschädigt, weshalb er verhaftet werden sollte. Aus diesem Grunde sei er nach Litauen geflohen; nach der Ueberschreitung der Grenze hätte er seine Briefstafel weggeworfen, in welcher gefälschte Legitimationspapiere gefunden worden seien.

Deutschenverfolgung in Oberschlesien.

In Polnisch-Oberschlesien sind fünf deutsche Beamte der Richter-Schächte nach jahrzehntelanger Dienstzeit gekündigt und zum Teil sofort vom Dienst entbunden worden! Dem Balwaden Grasspinski haben die ehemaligen Aufständischen die wohlverdiente Ehrenurkunde überreicht.

Deutsche Presse gegen Zaleski.

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse e. V. hat sich in seiner Sitzung vom 30. September auch mit den Angriffen beschäftigt, die der polnische Minister des Auswärtigen Zaleski gelegentlich seiner Durchreise durch die Reichshauptstadt gegen die deutsche Presse gerichtet hat und dazu folgende Entschlüsse gefaßt:

„Der Reichsverband der Deutschen Presse e. V. als die berufene Vertretung der deutschen Journalisten schließt sich in vollem Umfange der Verurteilung der in Warschau anfalligen deutschen Pressevertreter gegen die Angriffe an, die der polnische Minister des Auswärtigen gegen die deutsche Presse in ihrer Gesamtheit gerichtet hat.“

Er stellt fest, daß das Vorgehen des Ministers, aus führender staatsmännlicher Stellung die Presse eines anderen Landes generell der Lügenhaftigkeit zu zeihen, im internationalen Verkehr der Völker ohne Beispiel ist. Ein solches Verhalten ist unvereinbar mit dem Wunsch nach einer Besserung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk und nach einem Ausgleich noch bestehender Gegensätze.

Ohne im Ubrigen aus dem Verhalten der polnischen Presse einzugehen und ohne die Verschwiegenheit zuverlässiger Informationsmöglichkeiten der Presse über deutsche Verhältnisse einerseits und polnische andererseits zu untersuchen, weist der Reichsverband der Deutschen Presse die Unterstellung einer generellen Böswilligkeit der deutschen Presse gegenüber Polen als jeder Grundlage entbehrend mit allem Nachdruck zurück.“

Beseitigung der Todesstrafe das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden. Diese Stellungnahme der Reichsregierung hat der Reichsjustizminister am 10. Juni zur Kenntnis der Landesregierungen gebracht. Das Schreiben des Reichsjustizministers ist keineswegs wie in einem rechtsstehenden Blatte behauptet wird, ein Vorstoß gegen die Justizhoheit der Länder. Es hatte lediglich den Zweck, in Ausführung der erwähnten Erklärung der Reichsregierung bei den Ländern anzuregen, bei Ausübung des ihnen zustehenden Gnadenrechts den möglichen Wegfall der Todesstrafe in dem neuen Strafgesetzbuch zu berücksichtigen.

Hinter dem Geschrei gegen eine angebliche Verletzung der Justizhoheit der Länder verbirgt sich der Wille zur Aufrechterhaltung der Todesstrafe. Man wird sehr bald sehen, ob Bayern sich aus partikularistischen Gründen der Anrechnung des Reichsjustizministeriums entziehen wird.

Entrüstung bei Hugenberg.

Sie haben das Wort „Sozialismus“ im Radio gehört.

Der Berliner „Vokal-Anzeiger“ entrüstet sich darüber, daß am Sonntag der Berliner Rundfunk die Jugendweihe der Arbeiterschaft Groß-Berlins übertragen hat. Er läßt diese Feier in eine Feier der kommunistischen Jugend um, damit er besser sehen kann. Die Rede des Genossen Westphal, Mitglied des Parteivorstandes, hat ihm höchlich mißfallen. „Bei den weiteren Worten des Redners jedoch hörte man erstau auf. Ja, was war denn das? Die Arbeiterjugend dürfe nicht erschrecken im Kampf um menschenwürdigeren Existenzbedingungen. Dürfe nicht mit den Gedankenlosen gehen, die mit ihrem Lobe zufrieden wären? Wüsste das Volk der Väter nicht, um nicht an ihnen zum Verräter zu werden. Der Sozialismus allein sei es, dem die Zukunft gehöre.“

Wir verstehen die Aufregung des Hugenberg-Blattes: Menschenwürdige Existenzbedingungen für Arbeiter gehören so wenig zu Hugenbergs Programm wie denkende Arbeiter, die nicht bei fargem Lohn des Lob der Zufriedenheit singen! Und Sozialismus — das wirkt wie das rote Tuch auf den Stier.

Über deswegen Rundfunkstempel? Sachte — wie wäre es mit einer Abstimmung bei den Rundfunkhörern in Berlin, ob sie mit den kirchlichen Morgenfeiern einverstanden sind? Wer den Rundfunk nicht als einseitiges Propagandamittel mißbrauchen will, muß Toleranz üben. Über Toleranz — das gehört nicht zu Hugenbergs Programm.

Das MG. beim Polizeimajor.

Drei Monate Gefängnis als Strafe.

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Simon fand gestern vor dem Schöffengericht Lichterfelde der Prozeß gegen den Polizeimajor La Baule, den früheren Hauptmann Bohje und den Polizeioberwachmeister Thiemens wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik statt. Der Major und der Oberwachmeister wurden zu drei Monaten Gefängnis, der frühere Hauptmann wurde an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zehn Tagen zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Tatbestand ist dieser: Im Keller beim Polizeimajor La Baule wurde ein Maschinengewehr gefunden. Der Major sagte, er sei erst seit einigen Wochen im Besitz dieser Waffe. Vom Vorbesitzer der Dienstwohnung, einem inzwischen verstorbenen Polizeibeamten, sei sie ihm übergeben worden. Dieser aber habe sie wiederum von dem Beamten übernommen, der vor ihm die gleiche Wohnung innegehabt hätte. Zuerst sei das Maschinengewehr in einem Koffer aufbewahrt worden.

Alle drei Beamten sind mit den gesetzlich zulässigen Mindeststrafen davon gekommen.

Gefährliche Nachfröste.

Das Sterben der Herbstblumen. • Gute Karoffel- und Gemüseernte.

Alle Inrichs Beanlagten schwärmen von den „herrlichen Sommertagen dieses Septembers“. Sie haben recht, denn sie sehen nicht die Nachteile dieses Ausnahmezustandes. Wer nachts im Auto aus Kino und Varieté nach Hause fährt, spürt nicht die nächtliche Kühle, die sich vor den Türen der Stadt bis weit unter Null Grad senkt. Der zweite Nachtfrost — und zwar bis 3 Grad herunter — innerhalb einer Woche in der ländlichen Umgebung von Groß-Berlin: das ist zuviel für Sommer- und Herbstblumen, für späte Bohnen, Gurken und Tomaten.

Schweren Schaden beklagen die Gärtner, die für den Blumenbedarf Berlins arbeiten. Das Frühjahr war kalt, regnerisch; die für Keimung des Samens und für fröhliches Weiterwachsen gepflanzten Jungmaterials notwendige Minimaltemperatur des Bodens stellte sich spät ein; an Kälte- ja Frostschäden fehlte es auch nachher nicht. So haben, wie dies auch auf den Blumenausstellungen dieses Jahres zu bemerken war, die Dahlien verhältnismäßig spät ihr Blühen begonnen, namentlich wenn es sich um Starklinge handelte, deren Verwendung für die rasche Vermehrung von Reihheiten unbedingt notwendig ist. Raum waren sie jetzt erblüht, da hat der Frost sie gelötet: schwarze Klumpen zeigen nur noch undeutlich an, welche Farbe der Blüte eigen war.

Und die Asters? Sie hatten sich nach dem ersten Frost ein wenig erholt, aber die zweite schärfere Nacht hat auch ihnen den Rest gegeben. Späte Sorten und spät gepflanzte zeigen an der Knospe keinen oder doch nur geringen Schaden; man muß aber auch hier noch mit einem starken Ausfall rechnen. Die Preise waren in diesem Sommer stark gedrückt — der Herbst sollte einen Aufschwung bringen, der sich erfahrungsmäßig schon mit dem stärksten Umhang zu den jüdischen Feiertagen einstellt — aber auch diese Hoffnung ist vernichtet, und die dem genießenden Städter so wunderbar erscheinende, schier unerschöpfbare Serie von regenlosen Sonnentagen birgt neue Gefahren und bringt zu deren Abwehr vermehrte Arbeit. Denn die Sträucher und Bäume des Gartens verlangen, um den Anforderungen des Winters zu genügen, ihre Herbstfeuchtigkeit. Die Kelterer unter uns wissen, wie die allerdings fast den ganzen Sommer hindurch währende Trockenheit des Jahres 1911 verheerend auf den Baum- und Strauchbestand gewirkt hat. Ist der Monat Oktober ebenfalls trocken — und wir haben schon einmal in diesem Jahrhundert einen Oktober mit lauter Sonnentagen gehabt —, so wird es Pflicht jeden Gärtners und Gartenbesitzers, seinen meist den Rand bildenden Gehäusen, aber auch den einzeln stehenden Obstbäumen und Sträuchern die nötige Feuchtigkeit zuzuführen. Die Dohlfantenneln nach dem Abfräsen noch lange im Boden zu lassen, hat keinen Zweck; ein Wochsen findet nicht mehr statt, und tritt Regenwetter ein, so regt sich höchstens ein neues Treiben, die Vorstufe für späteres Faulen der Knospe.

Die gute Ernte

hat sich in den Getreidepreisen, aber nicht in der Größe der Sackfruchten, so namentlich den Runkelrüben, wäre, sofern sie auf trockenem Grunde stehen, Regen zu wünschen; die Karoffeln, die jetzt geerntet werden, zeigen aber solche Größe und so schönes, gesundes Aussehen, daß die Befürchtungen, die anlässlich der wenig betriebenen Frühkartoffelernte laut wurden, wohl dahingelungen sind. Die Karoffel hat in der Zeit, daß sie wachsen sollte, genügende Feuchtigkeit gehabt; zum Ausreifen ist ihr der Spätsommerjonnenschein hochwütend gekommen. Auch der späte Kohl steht gut. Daß die Heuernte des zweiten Schnittes so glänzend wie wohl noch nie hereingekommen ist — ohne jeglichen Regentropfen —, darf mit besonderer Freude verzeichnet werden; aber

auch quantitativ haben die meisten Bienen ein gutes zweites Ergebnis gehabt. Das Hauptdefizit in der diesjährigen Ernte ist die Einbuße an Obst. Hier hat das ungünstige Frühjahrswetter recht empfindliche Verluste gebracht. Daß die Pilze ebenfalls und man kann sagen: völlig versagten, ist ein weiterer Mangel dieses in Schönheit dahingehenden Erntejahres.

Die geschwärmte Siedlung.

Wer sich unter den schwersten Opfern und unjünglicher Mühe sein bißchen Sonnenschein ins Leben trägt, der zittert doppelt, wenn finstere Wolken die Helle verdunkeln wollen. All die Siedler da draußen vor den Türen der Stadt können ihres Lebens oft nicht froh werden. Das Demokleseschwert — die Verdrängung von Grund und Boden — schwebt über ihren Häuptern, dann sind die Bodenverhältnisse im allgemeinen meist nie die günstigsten, es fehlt dieses und es fehlt jenes. Und die Menschen, die mit großer Liebe an ihrem mühsam bebauten Stückchen Land hängen, tragen viel unerfüllte Wünsche im Herzen. — Siedler der Kolonie „Teigeler Schiefplag“ in Reinickendorf-West, am sogenannten Schwarzen Weg, klagen sehr ihr Leid über die ungünstige Beschaffenheit des Weges, an dem die Grundstücke liegen. Der Weg ist ein Schlackenweg und durch das fortwährende Befahren von Arbeitsfuhrwerk und Autos so aufgeföhren, daß bei trockenem, warmem Wetter ungeheure Staubmassen erzeugt werden. Durch diese überaus starke Staubentwicklung sind Sträucher und Pflanzen vollkommen staub- und rußgeschwärtzt. Gleich den Pflanzen haben natürlich auch die Menschen, vor allem die Kolonisten selbst und die Spaziergänger, unter der großen Staubansammlung zu leiden. Bei nassem Wetter wieder ist der Boden naturgemäß total durchweicht, so daß sich große Schlammansammlungen bilden, die das Passieren des Weges beinahe unmöglich machen. Gerade in diesen Tagen, in denen infolge des plötzlich eingetretenen Nachtfrostes fast sämtliche Herbstblumen erfroren sind und die wenigen übriggebliebenen Pflanzen, eingehüllt in eine dicke Staubschicht, elend dahingevegetieren, bietet die Kolonie einen traurigen Anblick und man kann die Verzweiflung der Menschen, die um ihre eigene Gesundheit und die ihrer Pflanzensinder kämpfen, wohl begreifen.

Berliner Verkehrs-A.G.

Die Stadtverordnetenversammlung hat zu entscheiden.

Den Plan einer großen Berliner Verkehrs-A.G. legt der Magistrat jetzt den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vor. Bewährt hat sich der schon im vorigen Jahr eingeführte Einheitsstarif von Straßenbahn, Hochbahn und Omnibus. Er hat den außerer Nahmen für einheitliches Arbeiten im Berliner Verkehrsweesen geschaffen und für den weiteren Ausbau die wirtschaftliche Grundlage gesichert. Die jetzt geplante Zusammenfassung von Besitz und Betrieb aller drei Verkehrsunternehmen der Stadt ist, wie die Begründung der Vorlage ausführt, notwendig in wirtschaftlicher, organisatorischer und verkehrstechnischer Hinsicht. Die bisherige Aufrechterhaltung der Hochbahngesellschaft und der Omnibusgesellschaft als selbständige Gesellschaften hat zu einer außerordentlichen Steuerbelastung der Verkehrsunternehmen geführt. Die Selbständigkeit erschwert auch die Uebertragung von Einnahmeüberschüssen einer Gesellschaft auf die andere, so daß eine einheitliche Finanzpolitik im Verkehrsweesen unmöglich wird. Erreicht werden muß, daß über alle Mittel von einer Stelle aus frei und zweckmäßig verfügt werden kann. Die Zusammen-

fassung wird aber auch ein einheitliches Vorgehen in der Bedienung des Verkehrs ermöglichen. Nur ein einheitliches Verkehrsamtsmando kann den Betrieb der drei Unternehmen richtig aufeinander abstimmen. Bei der Zusammenlegung des Besitzes der drei Verkehrsunternehmen wird für die aus ihnen entstehende Berliner Verkehrs-A.G. das Kapital auf 400 Millionen Mark bemessen. Das ist eine Vermögensmasse, die auch als starke Unterlage des bei weiterem Ausbau der Verkehrsmittel aufzutretenden Kreditbedarfes dienen kann. Die Kosten der Zusammenlegung werden sich auf einmalige 2 1/2 Millionen Mark an Steuern usw. belaufen. Demgegenüber sind künftig sehr bedeutende Steuerersparnisse in Höhe von jährlich 5 Millionen Mark zu erwarten.

Liebestragödie in Neuföln.

Das Ende einer Ehe.

Den Abköhnl einer unglücklichen Liebe bildete eine Tragödie, die sich gestern in der Flughafenstraße zu Neuföln abspielte.

Im ersten Stockwerk des Seitenflügels wohnt dort seit kurzer Zeit der 24jährige Kartenzugschneider Fritz R. mit seiner um etwa zwei Jahre jüngeren Frau. Die Ehe war nicht glücklich, und der Mann unterhielt hinter dem Rücken seiner Frau zu einer neunzehnjährigen Martha G. aus der Wolgaster Straße Beziehungen. Als Frau R., die tagsüber einer Beschäftigung nachgeht, gestern kurz nach 18 Uhr heimkehrte, machte sie eine furchtbare Entdeckung. Im Schlafzimmer lag ihr Mann mit einem jüngeren Mädchen, der neunzehnjährigen Martha G., leblos im Bett.

Die Polizei und der Arzt der nächsten Rettungswache wurden sofort benachrichtigt. Der Arzt stellte bei beiden schwere Uysolvergiftungen fest. Sofortige Gegenmaßnahmen hatten nur bei dem Manne Erfolg. Er wurde in sehr bedenklichem Zustande in das Neufölnner Krankenhaus übergeführt. Wie aus einem hinterlassenen Brief hervorgeht, wollte das Paar gemeinsam aus dem Leben scheiden, da eine eheliche Verbindung aussichtslos erschien.

In der Küche ihrer Wohnung im Hause Rotherstraße 28 wurde gegen 16 Uhr die 47jährige Frau Berin Ebel durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Der Grund zu der Vergiftungsthat ist noch unbekannt. — In der Wohnung ihres Schwogers in der Marktgrafenstraße verübte gestern nachmittag die 24jährige Verkäuferin Erriede Höll aus unbekanntem Grundes Selbstmord. Heimkehrende Angehörige fanden das Mädchen in der mit Gas angefüllten Küche leblos auf. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. — In seiner Wohnung Schillingstraße 18 verübte gestern nachmittag der 44jährige Schlächter Otto Philipp Selbstmord durch Erhängen. — Vor dem Hause Dichtberger Straße 166 in Weihensee spielte sich gestern gegen 17 Uhr ein aufregender Vorfall ab. Ein junger Mann, der sich längere Zeit vor dem Hause aufgehalten hatte, zog plötzlich eine Pistole hervor und jagte sich eine Kugel in den Leib. Der jugendliche Selbstmordstaudat, der als 23jähriger Arbeiter Walter S. festgestellt wurde, fand im Weihenseeer Krankenhaus Aufnahme, wo er bedenklich darnieder liegt.

Die Leiter vom Panzerkreuzer. Die Kommunisten in der Groß-Siedlung Brhl haben entsefliche Sorgen. Auch ihnen hat's der Panzerkreuzer angetan. Also mußte etwas geschehen, um den „Berrol“ der Sozialdemokratie zu gefehlen. Sie bauten sich — wohl nach den Photos der russischen Flotte — ein niedliches Schiffchen, bliesen zur Demonstration und jagen dann fünf Mann stark durch die Siedlung. Es waren geradezu „erbende“ Momente, als sie so gerüstet den Klingebewei schwangen. Die Leiter vom Panzerkreuzer zog jedoch nicht, denn auch in Brhl ist die „Ausfchiffung“ der kommunistischen Größe, des Obergenerals des Roten Frontkämpferbundes, Tsälmann, nicht ganz unbemerkt geblieben. Einige kräftige Bemerkungen unserer Genossen genühten, um den Demonstrationzug zum Trauerzug umzugestalten.

Der Fall Larrier.

Von Tristan Bernard.

(Einzig berechtigte Uebersetzung von N. Collin.)

Ihr Mann hatte in Nancy studiert, dort hatte er auch sein Abiturientenexamen gemacht, nachdem er mehrere Male durchgefallen war. Er war ein guter Junge, der wenig sprach. Da ihm die Gabe fehlte, seine Gefühle auszudrücken, so machte er einen dummen Eindruck. Sie waren nur acht Monate verheiratet gewesen, und dann war er an einer Erkältung gestorben. Bei seinem Tode hatte sie wirklichen Kummer geföhlt und reichlich Tränen vergossen. Ihre Umgebung betrachtete den Tod des Herrn Chéron als etwas Ungerechtes. Man pries ihn als netten Kerl und zählte seine Verdienste auf. Eine Woche lang wurde seine Erinnerung durch Lobreden geföhrt, dann sprach man nicht mehr von ihm.

Man war ärgerlich auf ihn, daß er nicht ein so großes Vermögen hinterlassen hatte, wie man zuerst vermutet hatte. Kurz vor seinem Tode hatte er Papiere gekauft, die erst nach langer Zeit Gewinn bringen würden. In seinem Testament hatte er auch seine Frau bedacht. Frau Chéron hatte einige tausend Franken Zinsen, aber bis alles geklärt war, mußte sie bei der Familie ihres Mannes wohnen. Uebrigens föhlte sie kein Bedürfnis nach Unabhängigkeit, und wenn niemand kam, um sie diesen Verwandten zu nehmen, so würde sie ihr ganzes Leben bei ihnen bleiben. Wie sie sagte, war sie kein Widerspruchsgestalt. Sie konnte manchmal in Zorn geraten, aber diese Aufwallung dauerte nicht lange.

Sie hatte ihre Eltern ziemlich früh verloren und wurde von einer Tante erzogen, von der sie sehr geliebt und außerordentlich verwöhnt wurde. In der Schule hatte sie nichts gelernt, aber nachher viel gelesen. Sie wußte eine Menge, aber nichts Positives, und hatte eine recht oberflächliche Bildung. Sie behauptete oft, daß sie sehr unwissend sei, aber man durfte ihr darin nicht zu sehr recht geben, denn sie war im Grunde doch eitel auf ihre geistigen Fähigkeiten. Sie besah die Intelligenz vieler Frauen, das heißt, sie hatte keine eigenen Gedanken, aber sie verstand zuzuhören.

Als wir ins Hotel zurückkehrten, sprachen wir ganz leise. Sie stöhnte sich auf meinen Arm, und ich merkte, wie ein

zärtliches Gefühl für sie in mir aufwallte. . . Ich hätte meine Lippen auf ihre Schläfe und ihre blonden Haare drücken mögen.

Als ich mich zu Bett legte, dachte ich wieder an Larrier und die Spur, die ich zu verfolgen beabsichtigte. Es schien mir, daß ich Loul ein wenig zu schnell verlassen hatte. Es wäre richtiger gewesen, den Untersuchungsrichter zu besuchen; gewisse Punkte hätten aufgeklärt werden müssen. Entschieden war ich ein recht elender Detektiv, denn wenn ich sorgfältig alle Einzelheiten erwog, so hatte ich mich um die hauptsächlichsten Umstände, die für meine Untersuchung in Betracht kamen, nicht gekümmert. Besonders zog mich das an, was spitzfindig war, als ob die Wahrheit immer spitzfindig sei. Das ins Auge Fallende reizte mich nicht, sondern nur die fast unsichtbaren Spuren, die meiner Meinung nach dazu führen mußten, den geflüchteten Verbrecher zu finden.

Ich war schon im Begriff, nach Loul zurückzukehren, und beabsichtigte, am selben Vormittag hierher zurückzukommen, als meine Blicke auf eine Zeitung fielen und ich sah, daß sie Einzelheiten über den Fall Larrier brachte.

Der Geldschrank und die anderen Schränke des alten Bonnel waren geöffnet gewesen, aber wahrscheinlich hatte der Mörder nur mit einem bestimmten Namen gezeichnete Papiere gefunden. Er hatte sie wohl zusammengerafft und mitgenommen, denn diese Schränke waren jetzt leer. Der Mörder hatte sie nicht aufgebrochen, wahrscheinlich hatte er sie mit den Schlüsseln aufgegeschlossen, die er in der Tasche des Toten gefunden hatte.

Der unglückliche Bonnel mußte wohl in dem Augenblick ermordet worden sein, als er seinen Geldschrank öffnete, so daß der Mörder nicht die Mühe gehabt hatte, das Geheimnis des Patentschlusses zu ergründen.

Selbstverständlich war das die Hypothese des Redakteurs oder des Untersuchungsrichters, die meine war ganz anders, und ich behielt es mir vor, im gegebenen Augenblick die Aufmerksamkeit des Gerichts auf diesen Punkt zu lenken.

Ich wußte, daß Larrier die Abrechnungen seines Vormundes verlangt hatte. Der alte Bonnel schuldet ihm also Geld. Unter diesen Umständen war es wenig wahrscheinlich, daß er den Greis bestehlen wollte, und die wahre Ursache des Verbrechens war meiner Meinung nach ein Streit, ein Zornausbruch, ein Unfall, die furchterliche Angst, für schuldig gehalten zu werden. . . Doch störten die leeren

Schränke und der leere Geldschrank ein wenig meine Vermutungen. Warum hatte Larrier diese Papiere verschwinden lassen? . . . Aber es war auch möglich, daß der alte Bonnel die Papiere gar nicht zu Hause hatte. Die Untersuchung, die im Gange war, würde sich an die Bankhäuser wenden, mit denen Bonnel in Beziehung gestanden hatte, und sie würden vielleicht Aufschluß geben. . . Aber augenblicklich dachte niemand daran, diese Forschungen vorzunehmen. Nach Ansicht des Untersuchungsrichters hatte der Mörder die Papiere mitgenommen, und es lohnte sich nicht, weiter danach zu forschen.

Für mich blieb es das einfachste, zu versuchen, Larrier wiederzufinden. Ich war ihm schon auf der Spur und wollte mich nicht um die gerichtliche Untersuchung kümmern.

Frühzeitig begab ich mich auf den Bahnhof in Bar-le-Duc und fand endlich die Schalterbeamtin. Ich fragte sie, ob sie kürzlich einige fünf-Franken-Stücke bekommen hätte, aber sie verneinte es. Weiter fragte ich sie, ob ihr nicht gestern ein großer Mann mit einem weichen Hut und einem langen dunklen Ueberzieher an ihrem Schalter aufgefallen wäre, und ob dieser Mann nicht ein Taschenbuch vor das Gesicht gehalten hätte, als ob er verschluckt wäre.

„Ah, wenn Sie wüßten!“ sagte sie, „wienel Leute hier vorbeikommen. Ich könnte Ihnen antworten, daß ich mich dessen erinnere. Aber ich besinne mich wirklich nicht. Bieleicht weiß Sie mich fragen, bilde ich mir schließlich ein, daß ich ihn gesehen habe, aber offengestanden weiß ich es nicht.“

Ich lehrte ins Hotel zurück, wo Blanche mich erwartete, aber ich mußte gestehen, daß die Hoffnung, Larrier bald zu finden, eine sehr geringe war.

Ich dachte, daß er nach Paris gegangen sei. . . Aber wenn wir in Paris sein werden, wohin sollten wir dann unsere Nachforschungen richten? Aber trotzdem würden wir nach Paris gehen. . .

Uebrigens bevor er auf der kleinen Station, wo er die hundert Franken wechselte, ein Billeit nach Bar-le-Duc verlangte, hatte er eine Fahrkarte nach Paris gefordert und sich dann verbessert. Sicher war er in Paris oder war mindestens durchgeföhren. Also auf nach Paris. . .

Blanche und ich, wir dachten wohl jeder für uns: Es ist doch gleich wohin, da wir zusammen reifen! . . . Aber niemand wagte diese Worte auszusprechen, und wir trauten uns kaum, sie zu denken.

(Fortsetzung folgt.)

Zeppelin heute in Berlin.

Man rechnet mit Eintreffen gegen 1 Uhr mittags.

Der Aufstieg des „Graf Zeppelin“ zu der großen Deutschlandfahrt wurde gestern auf Dienstag früh 7 Uhr angelegt. Die Wetterlage hat sich etwas gebessert, der Nordostwind ist aber immer noch ziemlich stark, so daß das Schiff dauernd Gegenwind haben wird. Unter diesen Umständen kann nur die Route bis Berlin festgelegt werden, während die Entscheidung über die weitere Navigation erst später getroffen werden kann. Die Fahrt nach Berlin geht voraussichtlich über Ulm, Nürnberg, Plauen, Leipzig, wobei allerdings noch kleinere Absteiger gemacht werden können. In Berlin wird das Großschiff etwa um 1 Uhr nachmittags eintreffen und Glückwünsche zum Geburtstag des Reichspräsidenten abwerfen. Dann formt es darauf an, ob es möglich ist, Ostpreußen mit Königsberg noch bei Tageslicht zu erreichen. Ist das nicht der Fall, so würde der „Graf Zeppelin“ nachts über den westlichen Teil der Ostsee gehen. Ueber die Rückfahrt läßt sich noch nicht sagen, ob West- oder Ostdeutschland berührt wird, es kommt aber nur eines von beiden in Frage. Dr. Eckener will noch abends vor Dunkelheit wieder in Friedrichshafen sein.

Was die Amerikafahrt anlangt, so bleibt es auch gegenüber anderslautenden Nachrichten dabei, daß Dr. Eckener unter allen Umständen sobald als möglich fahren will. Das Schiff wird Ende der Woche für die Amerikafahrt klar sein und spätestens Anfang nächster Woche abfahren, wenn die Wetterverhältnisse es irgendwie gestatten.

Ueber die Deutschlandfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ wird die Berliner Funkstunde laufend berichtet. Auf dem Dach des Funkhauses Potsdamer Straße 4 wird eine Beobachtungsstation eingerichtet, die mit einer Beobachtungs-, Abhör- und Empfangsanlage versehen wird. Von 11 Uhr mittags ab werden von hier aus alle Redungen über den Verlauf der Fahrt fortlaufend betätigt gemacht werden, und es soll auch der Versuch unternommen werden, eine Funkverbindung mit dem Luftschiff aufzunehmen. Sobald das Luftschiff in den Sprechbereich der Beobachtungsstation kommt, wird sein Flug über Berlin am Mikrophon geschildert werden.

Was wird mit dem Autoruf?

Vor neuen Verhandlungen.

Wie wir erfahren, wird die Einrichtung des Autorufes bis zur endgültigen Entscheidung des Demobilisierungskommissars, die für den 23. Oktober nach den gesetzlichen Fristen fällig ist, bestehen bleiben. Darüber hinaus hofft die Autoruf L.-G., bis zu diesem Termin durch neue Vorschläge zu einer Einigung mit dem Berliner Polizeipräsidenten zu kommen.

Die Gesellschaft plant nämlich, in erneuten Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten nachzuweisen, daß die Erhaltung des Unternehmens im öffentlichen Interesse liegt. Demgegenüber freilich hat die Behörde bisher den Standpunkt vertreten, daß es schwer sei, ein Unternehmen in irgendeiner Form zu subventionieren, das schon jetzt mit beträchtlichen Verlusten belastet ist. Freilich wird man zugeben müssen, daß die Beibehaltung des Autorufes, namentlich in der Berliner City ein Erfordernis ist, das im Interesse der Verkehrsregelung nicht gut fehlen dürfte. Die Verkehrsverhältnisse um den Spittelmarkt, am Dönhofsplatz und dem Leipziger Platz herum lassen es als geboten erscheinen, daß leistungsfähige Taxis in die Seitenstraßen verdrängt werden, von wo sie durch Vermittlung der Autorufstellen jederzeit herangeholt werden können. Die Schwierigkeit liegt freilich darin, daß in Stadtvierteln, in denen nur verhältnismäßig wenig Kraftwagen in Anspruch genommen werden, die Chauffeurschwärme veranlaßt werden können, an den Autorufstellen zu verharren, bis sie endlich eine „Fuhrer“ bekommen. Hoffentlich werden die kommenden Verhandlungen zwischen der Autoruf L.-G. und den preussischen und Berliner Dienststellen zu einer Einigung führen, bei der das Interesse des Chauffeurgewerbes ebenso berücksichtigt wird wie das Interesse des Publikums.

Ein „Höriger“.

Verführter Totschlag an der Ehefrau.

Beil er nicht von ihr loskommen konnte, schoß er auf sie. Biermal, ohne zu treffen. Dies war das Ende der unglücklichen Ehe zweier Menschen, die zueinander nicht paßten.

Schon vor der Heirat hatte die Braut wiederholt ihren Bräutigam, mit dem sie zusammen lebte, verlassen und war zu ihrer Mutter zurückgekehrt. Er holte sie aber immer wieder. Nach der Heirat dauerte das Spiel fort; beim geringsten Mißverhältnis verließ die Frau ihren Mann. Dieser schrieb die Schuld an seinem ehelichen Unglück der Schwiegermutter zu, die stets die Partei ihrer Tochter ergrieff, sie in ihren Intriguen Gemeinheiten unterstützte und den Mann, der einen Teil seines Lohnes zurücklegte und ein äußerst sparsames Leben führte, zum Gehaltsstempelte. Er war Pfleger in der Heil- und Pflanzanstalt Buch, seine Frau Darmarbeiterin. Im Oktober 1927 packte seine Frau ihre Sachen und ging endgültig. Er konnte sich aber damit nicht ausöhnen, verlor sie zur Rückkehr zu bestimmen, lauerte ihr auf dem Wege zur Arbeit auf, beobachtete sie bei ihren Besuchen in verschiedenen Lokalen, stellte sie mehr als einmal weinend zur Rede. So verlor er allmählich sein seelisches Gleichgewicht, vertraut seine Eriparsnisse, verkaufte seinen Hausbesitz, vernachlässigte seinen Dienst, mußte seine Stellung aufgeben — nur ein Gedanke beschäftigte ihn Tag und Nacht: wie seine Frau wieder gewinnen. Er trug sich mit Selbstmordgedanken, spielte mit der Vorstellung, Frau und Schwiegermutter zu töten, kaufte sogar zwei Pistolen, wozu er seine Frau bedrohte; das brachte ihn im Februar dieses Jahres drei Wochen Gefängnis ein. In einem Schriftstück, das bei ihm nach seiner Verhaftung gefunden wurde, hieß es u. a.: „Ich war ein Mensch, der alles Gute wollte. Nur durch meine Frau bin ich in den Abgrund gestürzt... Sie trägt die Schuld, wenn ich in einer unglücklichen Stunde in rasender Leidenschaft Frau und Schwiegermutter niederschle.“

Am 15. Mai versuchte er erneut, eine Unterredung mit seiner Frau herbeizuführen. Er holte sie von ihrer Wohnung ab und begleitete sie zu ihrer Arbeitsstelle. Die Schwiegermutter ging mit. Wie gewöhnlich bat er seine Frau unter Tränen, zu ihm zurückzugehen. Als sie seine Worte „Es ist alles gut, kehre zurück“ mit Worten beantwortete, drückte er viermal hintereinander seinen Revolver ab. Er wurde auf der Stelle verhaftet. Dem Polizeibeamten sagte er, daß er die Absicht gehabt habe, seine Frau zu erschließen. In der geistigen Gerichtsverhandlung bestritt er diese Absicht. Der psychiatrische Sachverständige, Obermedizinalrat Dr. Bürger, schilderte den Angeklagten als schwer psychopathischen Menschen, der sich wochenlang in einem dauernden Affektzustand befunden habe; die Schüsse seien nichts anderes gewesen als der Ausfluß dieses Affekts. Man müsse von einer verminderten Zurechnungsfähigkeit sprechen. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus. Das Urteil des Gerichts lautete 2 Jahre 1 Monat Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Ueber die Kameradschaftsfrage als „Lösung des sexuellen Problems“ hält Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld am 4. Oktober einen Vortrag im Reichsausschuss.

Der große Lombardbetrugsprozess

Bergmann unterschrieb alles!

Die gestern wieder aufgenommenen Verhandlungen im Bergmann-Prozess brachten eine Fortsetzung der am Freitag abgebrochenen Vernehmung des Rechtsanwalts Dr. Josenberg als Zeugen.

Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Dr. Warneberger richtete an ihn die Frage: „Herr Rechtsanwalt Josenberg, ich muß Sie noch als Zeuge befragen über die Sanierungspläne Bergmanns. Sie sollen ja da auch Vorschläge gemacht haben.“ Rechtsanwalt Dr. Josenberg mußte nun aus der Verteidigerbank an den Zeugenstand treten und wurde von dem Vorsitzenden, der Staatsanwaltschaft und den anderen Verteidigern — als Zeuge in der Anwaltsrobe und immer noch unter Aussetzung der Verteidigung — einem scharfen Kreuzverhör unterworfen. Zeuge Dr. Josenberg: „Die Sache mit der Sanierung war anders, als Bergmann es darstellt. Vorher möchte ich noch auf meine Unterhaltung mit Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby in der Autobrosche zurückkommen. Ich habe mir die Sache noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Ich traf ihn bei Bergmann, sie rechneten ab und es betraf eine Differenz von 350 M. Da bekam ich heraus,

daß Dr. Jacoby Provisionen erhieft.

Ich fragte ihn und er sagte mir: „Die rechnen die Provision über die Auskünfte ab.“ Ich wartete auf Dr. Jacoby und fuhr mit ihm weg. Unterwegs fragte ich ihn: „Was machen Sie da? Wie können Sie Auskünfte erteilen.“ Darauf sagte Dr. Jacoby: „Ich bin von meinem Abteilungsvorsteher schon einmal darüber gefragt worden. Auf seine Frage, wie dieser das erfahren habe, erwiderte Dr. Jacoby: „Ein Kunde habe sich an die Staatsanwaltschaft gewendet, um seinerseits über ihn, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby, bezüglich der Bonität Auskunft zu bekommen. Der Abteilungsvorsteher habe ihm erklärt, das sei Privatfache, er solle aber vorsichtig sein, und habe hinzugefügt: „Passen Sie auf, daß Ihnen nichts passiert, die Staatsanwaltschaft kümmert sich nicht darum.“ Dr. Jacoby fügte zu mir hinzu, er schreibe deshalb ja auch in die Auskünfte den Hinweis auf die dringlichen Sicherheiten hinein. Vors.: „Hat das der Oberstaatsanwalt gesagt?“ Angekl. Dr. Josenberg: „Es war der Generalstaatsanwalt.“ Zeuge Dr. Josenberg: „Ich machte die Bemerkung: „Das kann doch eine furchtbare Sache werden, haben Sie keine Bedenken.“ Aber Dr. Jacoby rief darauf, daß die Leute, denen er Auskunft gebe, durch die Zession der Vagabundengüter gedeckt seien. Ich sagte ihm trotzdem, er solle vorsichtig sein.“ Rechtsanwalt Dr. Josenberg: „Bezogen sich Ihre Bedenken darauf, daß Dr. Jacoby sich strafbar machen könnte, oder darauf, daß es für einen Beamten in seiner Stellung nicht üblich oder sogar ungeheuerlich sei.“ Vors.: „Es kommt noch ein drittes

Bedenken hinzu: ob er zivilrechtlich haftbar werden könnte.“ Zeuge Dr. Josenberg: „Ich hätte nur die zivilrechtliche und disziplinarische Seite im Auge, nicht die strafrechtliche.“ Oberstaatsanwalt Binder:

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby hat damals dem Generalstaatsanwalt nicht die Wahrheit gesagt.

In der weiteren Beweisaufnahme des Bergmann-Jacoby-Prozesses wurden an den Zeugen Rechtsanwalt Dr. Josenberg von seinen Mitverteidigern noch eine Reihe von Fragen gerichtet, auf die dieser zum Teil recht ausweichende Antworten gab. Nach einer Pause machte der Richter Brandt Feststellungen aus den Büchern und gab Aufschluß über die Bilanzen. Beim Aufschlagen des Inkassobuches, in dem die Eingänge von den Darlehensgebern verzeichnet standen, zeigte sich, daß Bergmann in großen Buchstaben auf das erste Blatt geschrieben hatte „Mit Gott“. Der Sachverständige Brandt stellte fest, daß die von ihm gezeigten Jahresbilanz von Juni 1926 schon mit einem Fehlbetrag von 142 000 M. abschloß. Der Angeklagte Bergmann behauptete, daß er davon keine Kenntnis erhalten habe. Vorsitzender: „Sie haben die Bilanz doch unterschrieben.“ Angeklagter Bergmann: „Ich hatte es sehr eilig und wurde gedrängt, da habe ich unterschrieben, ohne hinzusehen, denn ich dachte, mein Totenschein wird es doch nicht sein.“ Vorsitzender: „Hätten Sie auch unterschrieben, wenn Ihnen ein Schein vorgelegt worden wäre, auf dem stand:

„Ich gestehe, daß ich ein großer Schwindler bin?“

Angeklagter Bergmann: „Ja.“ (Allgemeine Heiterkeit.) Vors.: „Die nächste Unterbilanz nach vier Monaten war doch schon auf über 200 000 M. angelaufen. Hatten Sie immer noch keine Bedenken, Herr Bergmann. Angeklagter: „Ich weiß nicht, wie alles gekommen ist.“ Vorsitzender: „Da mußte Ihnen doch der Kopf brummen.“ Angeklagter Bergmann: „Herr Brandt hatte ausdrücklich gesagt, daß die Bilanzen nur für das Finanzamt gemacht seien.“ Vors.: „Reinen Sie, daß das Finanzamt Ihnen noch etwas hätte herauszählen müssen, wenn Sie einen Verlust aufweisen?“ (Heiterkeit.) Sachverständiger Brandt: „Ich habe auch mündlich meine Bedenken geäußert und ihn gefragt, wie er aus den Schwierigkeiten herauskommen wolle. Bergmann sagte, daß er mit einem Finanzkonsortium in England, Holland und Amerika Verbindung angeknüpft habe, um Geld zu niedrigerem Zinssatz zu bekommen, um die sämtlichen Darlehensgläubiger abzudecken. Sachverständiger Brandt schilderte die verzweifelte Lage des Unternehmens. Vorsitzender: „Haben Sie, Herr Bergmann, nicht Angst bekommen, als Herr Brandt Ihnen diese Vorstellungen machte?“ Angeklagter Bergmann: „Gar nicht. Das war alles nur formell.“ Vorsitzender: „Weshalb?“ Angeklagter Bergmann: „Das werde ich morgen alles erklären, heute kann ich es nicht mehr.“ Die Sitzung wurde darauf abgedrochen. Sie wird heute um 9 Uhr fortgesetzt.

Der Sturz in den Abgrund.

Der Gatte unter der Anklage des Versicherungsmordes.

Mitte September 1926 unternahm der Dresdener Kaufmann Friedrich Treiber mit seiner Frau eine Erholungsreise in das Gebiet des Großglockner. Am Vorabend seiner Abreise, am 23. September, machte das Ehepaar von dem Seebühelhaus aus einen kurzen Spaziergang. Gegen 1/2 Uhr kehrte Treiber in großer Erregung zurück und stellte der Hüftmutterin mit, daß seine Frau verunglückt sei. Am nächsten Morgen fand man Frau Treiber mit zertrümmerten Gliedern tot auf; sie war von einer Felsplatte, die 80 Meter über einen Abgrund hing, abgestürzt.

Nach ehe seine Frau beerdigt war, benachrichtigte Treiber telegraphisch von dem Tode seine Freundin Annemarie Hoyer. Zu deren Witwe zog er auch nach seiner Rückkehr nach Dresden. Gleichzeitig drang er bei der Versicherungsgesellschaft auf schnelle Auszahlung von 120 000 M., auf die seine Frau zu seinen Gunsten versichert war. Man hegte wohl Verdacht, daß Frau Treiber nicht das Opfer eines Unfalls geworden sei; die Ermittlungen verliefen jedoch ergebnislos. Die Versicherungsgesellschaft Germania von 1922 ließ aber durch einen Privatdetektiv Nachforschungen anstellen; das Ergebnis war Treibers Verhaftung.

Der Unfall fügte es, daß gerade zur Zeit Treibers größter Geldbedürfnis im Sommer 1925 an ihn der Versicherungsagent der Germania mit der Aufforderung herantrat, eine Lebensversicherung einzugehen. Tatsächlich versicherte Treiber das Leben seiner Frau zu seinen Gunsten in der Höhe von 15 000 Dollar. Der Versicherungsvertrag enthielt die Klausel, daß im Falle eines Unfalls die Versicherungssumme erhöht würde. Zu einem späteren Zeitpunkt erkundigte sich Treiber, ob auch ein Absturz von Bergen als Unfall betrachtet werden würde. Im Juli zahlte er die fällige Vierteljahresrate in der Höhe von 742 M. und Mitte September begab er sich mit seiner Frau auf eine zwölftägige Erholungsreise. Ueber den verhängnisvollen Spaziergang soll Treiber widersprechende Aussagen gemacht haben.

Die Anklage — sie lautet auf Mord — ist somit bloß auf Indizien aufgebaut. Der auf vier Tage berechnete Prozeß beginnt am Mittwoch, dem 3. Oktober. Das Ergebnis kann entweder nur ein Freispruch oder ein Todesurteil sein; eine dritte Möglichkeit ist nicht gegeben. Treibers Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wisberg, hat eine Reihe Alpinisten geladen, mit deren Hilfe er den Beweis führen will, daß Frau Treiber Opfer eines Unfalls geworden sein könne. Die Gerichtsverhandlung beansprucht wegen des eigenartigen Tatbestandes als auch wegen verschiedener kriminalpsychologischer Einzelheiten ein Interesse weit über die Grenzen Dresdens hinaus.

Reichsbannertag in Königswusterhausen.

Das Reichsbanner, Ortsgruppe Königswusterhausen, feierte am Sonntag mit einer außerordentlich gut verlaufenen, auch von den Berliner Kameradschaften besuchten Kundgebung seine Fahnenweihe. In der Karstraße trafen die Kameraden zusammen und formierten sich zum Umzug. Mit Musik und Fahnenabordnungen wurde die Stadt durchzogen. Auf dem Marktplatz nahmen die Festteilnehmer Aufstellung. Bürgermeister Rindsch beglückte im Auftrage der Stadtverwaltung die Versammelten. Die Veranstaltung des Reichsbanners, so führte er aus, ist nicht nur ein Aufmarsch. Mit dieser Kundgebung erneuert das Reichsbanner sein Bekenntnis zur Reichsverfassung, die uns der Volkswille gegeben hat. Der Amisoursteher Krause wünschte der Kundgebung einen vollen Erfolg. Die Festrede hielt Reichstagsabgeordneter Franz Kunkler. Er erinnerte in seiner Ansprache an die Lage des Umsturzes, deren zehnjährige Wiederkehr wir nach in diesen Tagen feiern können. Damals hat die deutsche Arbeiterklasse mehr Jahre lang gekämpft, als die, die davon immer so viel reden. Die

Arbeiter haben sich für die Republik eingesetzt. Sie werden sie verteidigen und mitwirken, daß sie stark und mächtig werde. Die Republik ist die Staatsform Deutschlands. Daran ändert kein Beschrei der rechten oder linken Gegner etwas. Noch bleibt uns aber die Aufgabe, sie mit loyalen Geist zu erfüllen. Im Auftrage des österreichischen Schulbundes überreichte Genosse Kunkler der Königswusterhäuser Reichsbannerabteilung ein Fahnenband. Mit herzlichem Worten gedachte er der Solidarität der österreichischen Kameraden und brachte den Willen der Republikaner nach Zusammenfluß der beiden Bänder zum Ausdruck. Die Berliner Kameradschaften überreichten Fahnenmängel. Saalbesuchern beschloßen die Kundgebung, die eine gute Werbung für das Reichsbanner war.

Freidenkertreffen in Dessau.

Kommunistische Störungsversuche mißglückt.

Am 29. September begann im „Livol“, dem Gewerkschaftshaus der Dessauer Arbeiterschaft, die Tagung der Reichsgemeinschaft freigeistiger Verbände (Rag.). An der Sitzung sind beteiligt: Volksbund für Geistesfreiheit, Deutscher Ronistenbund, Bund sozialistischer Freidenker, Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung und der Bund der Freidenkerjugend. Den Vorsitz führt der Geschäftsführer des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Genosse Max Sievers-Berlin. Die Tagung hat den Zweck, alle Kulturorganisationen in der modernen Geistesarbeit in der deutschen Republik mobil zu machen und ist zahlreich besucht. Die Versuche eines kommunistischen Delegierten, die Panzerkreuzerfrage in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken, scheiterten. Mit großer Lebhaftigkeit mehrte der Geschäftsführer der Rag., Genosse Peter-Beipzig, unter allseitiger Zustimmung der Delegierten diese Versuche ab. — Der zweite Verhandlungstag brachte für Dessau eine Ueberausung. In riesigen Demonstrationsszügen durchzogen fast 10 000 Teilnehmer die Stadt und gaben dem Dessauer Bürger einen kleinen Begriff von der Arbeit und den Erfolgen freigeistiger Kulturarbeit.

Unfall oder Verbrechen?

Gestern nachmittags wurde der 50 Jahre alte Meistermeister Gottlieb Dunsch vom Ragerwieshof auf der Biesdorfer Chaussee lebendig aufgefunden. Da er noch schwache Lebenszeichen von sich gab, so schaffte man ihn in seine Wohnung, wo ihm für Augenblicke das Bewußtsein zurückkehrte. Als sein Sohn ihn fragte, was ihm denn zugefallen sei, wehrte er ab und bat, ihn in Ruhe zu lassen. Auf dem Wege in das Krankenhaus ist Dunsch dann verstorben. Als Todesursache wurde ein schwerer Schädelbruch festgestellt. Das bare Geld, das der Meister bei sich hatte, war noch vorhanden, dagegen fehlten das Fahrrad und die Röhre. Da auf der Chaussee ein starker Autoverkehr herrscht, so besteht die Möglichkeit, daß Dunsch angefahren und niedergeworfen worden ist. Das Rad hat vielleicht ein Vorüberkommender mitgenommen, weil er den Besizer für tot hielt. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß Dunsch um das Fahrrad willen angefallen und niedergeschlagen worden ist. Für die weitere Aufklärung wäre es wünschenswert, wenn der Kutscher des Möbelsagens, der die erste Rettung machte, sich zur Aussage bei der Inspektion A im Polizeipräsidium oder auf dem 257. Revier in der Schloßstraße 4 zu Friedrichstraße einfinden würde.

Die Stadtverordneten haben am Donnerstag um 16 Uhr ihre nächste Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen 68 Beratungsgegenstände. Die in derartigen Sitzung abgegebene Beratung der Wohnungsbauvorlage (15 Millionen Mark) wird fortgesetzt. Unter den neu zugegangenen Vorlagen ist auch der im „Vorwärts“ erörterte Plan einer Berliner Verkehrs-K.-G.

führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bild.

Laxin

Ueber Kassel im Segelflugzeug.

Eine glückliche Fahrt.

Der Segelflieger Karl Magerjuppe aus Kassel überquerte mit seiner Maschine „Mag Kegel“ in einem etwa 30 Kilometer langen Streckenflug die Stadt Kassel in ungefähr 50 Meter Höhe und landete nach halbflüchtigen Flügen auf dem Flughafen Waldau. Damit ist zum erstenmal eine Großstadt mit einem Segelflugzeug überflogen worden.

Weltliche Schule in Berlin-Mitte. Die Freie Schulgesellschaft Berlin-Mitte veranstaltet am Mittwoch, dem 3. Oktober, abends 8 Uhr, in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Inselstr. 2-5, einen Lichtbildvortrag. Genosse Lehrer Faust spricht über „Neue Schule und Erziehung“. Freie Aussprache. Eintritt frei. Alle Eltern und Freunde der weltlichen Schule sind hierzu dringend eingeladen.

Am 13. Berufsschule für Jünglinge. Adlerstraße 67, finden auch in diesem Winterhalbjahre, wie alljährlich, Ausbildungskurse für Arbeiter statt, und zwar Montags und Donnerstags von 19 bis 21 Uhr. Beginn der Kurse: Montag, den 8. Oktober 1928, 19 Uhr. Unterrichtsgegenstände sind folgende: Deutsch, Kunst und Plakatdruck, Englisch, Kurzschrift, Esperanto, Rechtskunde für den Alltag, Rechnen, Geographie, Photographie, Holzbearbeitung. Das Schulgeld beträgt für den Kursus, das ganze Halbjahr, 6,50 Mark. Freistellen können auf Antrag gewährt werden. Anmeldungen werden täglich von 7 bis 15 Uhr im Bureau und vom 8. Oktober ab jeden Montag und Donnerstag auch von 19 bis 21 Uhr entgegen genommen.

Reichsbanner-Kaderer Berlin beginnen am 6. Oktober mit der Ausbildung neuer Jungmannen. Reichsbannerkameraden und Republikaner, die Interesse am Kadern haben, fordern wir auf, in die Kadertriebe der Reichsbanner-Wassersportabteilung einzutreten. Der Ausbildungskursus findet jeden Sonnabend von 21 bis 23 Uhr in Koerners Blumengarten, Oberlönieweide, Ostendstraße, statt. Anmeldung kann jeden Sonnabend am Abend oder schriftlich an den Schriftführer Gerhard Kasper, Berlin-Karlshorst, Hegemeisterweg 24, erfolgen.

Neue Lohnsteuerabgaben für tägliche und zweitägliche, wöchentliche, monatliche und diesmal auch für 14tägige Lohn- bzw. Gehaltszahlung auf Grund des zweiten Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 23. Juni 1928 sind im Verlag G. Reiser, Berlin R. 54, Brunnenstraße 181, erschienen. Die Tabellen sind direkt vom Verlag zum Preise von 1 Mark pro Tabelle unter Nachnahme zu beziehen.

Zugun geschäft. Diejenigen Passanten, die am Dienstag, dem 11. September d. J., mittags gegen 12 Uhr, gesehen haben, wie eine ältere Frau von einem Motorradfahrer an der Rindenschloffer, Gasse Rosener Str. überfahren wurde, und zweidienliche Angaben für die Ermittlung des Motorradfahrers machen können, werden schriftlich gebeten, ihre Adresse anzugeben. Klatt, Berlin D., Ribauer Straße 8.

Sänglingspflege. In der Charlottenburger Sänglings- und Kinderklinik, Christstraße 9, findet im Oktober wieder ein Kursus über die Pflege des Sänglings in gesunden und kranken Tagen für junge und werdende Mütter gebildeter Stände statt. Der Kursus umfasst acht Stunden, vier theoretische (Dienstags), vier praktische (Freitags). Die erste Stunde ist am Dienstag, dem 2. Oktober, von 12 bis 1 Uhr. Voranmeldungen bei der Oberin der Klinik (Telefon: 44 28).

Internationaler Verband für Wohnungswesen. Nach Mitteilung des Sekretariats des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen ist Frankfurt a. M. zum Sitz des Sekretariats, das sich bisher vorläufig in Wien befand, gewählt worden.

Volksbühne E. V.

Mitglieder-Versammlungen

heute, Dienstag, den 2. Oktober, 20 Uhr

für die Abteilungen 1-100: Musiker-Festale, Kaiser-Wilhelm-Straße 31;
101-190: Gewerkschaftshaus, Engelster 24-25;
191-270: Haverlands Festale, Neue Friedrichstraße, Eingang Rochstraße;
271-301: Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12;
301-373: (Sonderabteilungen): Aula des Sophien-Lyzeums, Weinmeisterstraße 17.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Berichterstattung über das Vereinsjahr 1927/28 und Vorschau 1928/29.
2. Aussprache.
3. Wahl der Delegierten zur Hauptversammlung.
4. Verschiedenes.

Alle Parteigenossen müssen erscheinen!

Funkwinkel.

Für die Abendunterhaltung am Sonntag hatte man als Konferenzleiter keinen Besseren als Alfred Herr gewonnen. Den Kritiker Konferenzier spielen zu lassen — das ist mindestens ein amüsanter Trick. Wie sagst doch Herr so nett nach einer recht mäßigen Nummer: Es fällt mir so schwer, Anwesende zu kritisieren; also es war schön, es war wirklich schön. Bitte sehr: Nein! Es war nicht schön, es war durchaus nicht schön. Lina Loffen & Co. gehörte mit einem leisen, pastellfarbenen Stimmungsbild von Hermann Hesse nicht in die Gesellschaft eines fröhlichen Chansons. Das meiste des Abends war gut, das sei zugestanden. Herrs Wunsch, daß die Abendunterhaltung aktuell sein solle, kann man nur unterschreiben. Der Wunsch, daß das Programm solcher Unterhaltungen über die Quantität der Darbietungen nie ihre Qualität verfolge, sei hinzugefügt. Uebrigens: Lina Loffen sollte man in der Jugendstunde gelegentlich Märchen lesen lassen. Wie bald müßte ihre sanfte Mütterlichkeit zur Geltung kommen! Käthe Haack trug ihre Würde als Märchentante am Sonntag übrigens auch in Ehren. Sie las die Geschichte lieb wie ein großes Schulmädchen. Bismarck dem Märchenzauber noch restlos hingeeben, aber manchmal nicht mehr ganz bei der Sache. Sehr gut wirkte die Uebersetzung des Konzerts des Deutschen Arbeiter-Randallistenbundes, Bezirk Berlin, aus der Hochschule für Musik. Am besten kamen die ungarischen Lieder von Brahms, ein Bolzer von Ziehrer und die von dem Kinderchor gespielten Konzertsätze heraus. Den Opernpartien fehlte in dieser Wiedergabe die instrumentale Farbigkeit. Willi Korber's Silberrie die Entdeckung des sagenhaften Binelas — der vor 600 Jahren von der Sturmflut jäh verschlungenen Stadt Rungholt — Die Uebersetzung der Jugendweibe der Arbeiterschaft Groß-Berlin aus dem Großen Schauspielhaus am Sonntag vormittag konnte leider nicht abgehört werden, da Rundtöpler zu dieser Zeit eine boshafte Kassenmusik vorkührten, die den Radioempfang unmöglich machte. Am Montag abend wurde die Uebersetzung der ganz neuen Unterhaltungsmusik aus dem Hotel Eplanade von einem großen Orchesterkonzert abgelöst, das Berlin im Rahmen des internationalen Programms auszuwählen konnte. Das Konzert, vom Funkorchester unter Bruno Seidler-Winklers Leitung und unter Mitwirkung der Cembalo-Solistin Alice Ehler ausgeführt, entsprach den Anforderungen, die man an solche repräsentativen Darbietungen stellen darf. Gute Unterhaltungsmusik fehlte am Nachmittag das Salonquartett Hans Rone. In der Novellenstunde las Peter Flamm zwei seiner ereisenden Novellen „Hände“ und „Fesseln“. Er leuchtete in das Geheimnis der menschlichen Seele hinein, mit einem schmalen, scharfen Strahl, der ein wenig nur von dem Dunkel erhellt, aber erschreckende Tiefen offenbart.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, dem 1. Oktober.

1. Rennen. 1. Renne (F. Finn), 2. Rebdard (N. Wils), 3. Bismarck (Schleutner). Toto: 41: 10. Platz: 25, 16, 20: 10. Ferner liefen: Die Letzte, Luch, Reuling, Guy de Bal, Righen, Baroneh U., Krüger, Rebdapp, Morgenstunde, Alpbhe, Rüssaga Don.

2. Rennen. 1. Signal (F. Finn) lief ohne Wettten. 2. Charmand (Thomash), 3. Olympia (Ringluf). Toto: 50: 10. Platz: 20, 22, 31: 10. Ferner liefen: Oberleitnant, Gelndig, Santo Tuffy, Albrecht Düver, Opernlänger, Peracompos.

3. Rennen. 1. Abteilung: 1. Robelle (Schlefeld), 2. Selamiff (Timm), 3. Eingelader (Ohne Wettten). Toto: 37: 10. Platz: 23, 21, 114: 10. Ferner liefen: Blindfänger, Refadu I., Ralmoren, Deltoadbal, Lindomgold, Friefin, Valencia I., Bombardel, Schwarmgoldmüdel, Utelefeld. — 2. Abteilung: 1. Arndt (G. D. Müller), 2. Adreife (Elass), 3. Pelting (Mäder). Toto: 28: 10. Platz: 14, 20, 18: 10. Ferner liefen: Einflücht, Poloternes, Latere, Heide, Wostburg, Gartenfischer, Laimteffenz, Terarla, Holma.

4. Rennen. 1. Feter Speedman (Grohmann), 2. Geroftraloß (Eberl), 3. Karnepal (Zrenber). Toto: 21: 10. Platz: 13, 12, 26: 10. Ferner liefen: Lebenskämpfer, Königsbader, Eßlein, Quasi quasi, Trux Bog, Johannistaler.

5. Rennen. 1. Biegerin (Ch. Wils), 2. Udenstiller (Ringluf), 3. Hellenstein (F. Wils). Toto: 11: 10. Platz: 11, 18, 17: 10. Ferner liefen: Mänge, Ueberfelder, Stadtmaße's Tochter, Diamant, Baron Duffy, Quenele.

6. Rennen. 1. Urion Sigen (Ch. Wils), 2. Anglab (F. Wils), 3. Ventor I (Schneider). Toto: 15: 10. Platz: 12, 14, 22: 10. Ferner liefen: Rubin, Rosendast, Divisionär, Annie Goubliers, Karo-Bude.

7. Rennen. 1. Antenor (Ch. Wils), 2. Renus (Zrenber), 3. Kolentan (Kojal). Toto: 14: 10. Platz: 13, 19, 16: 10. Ferner liefen: Rehemann, Bekalin, G.H. Bemas, Blaggenfeld, Spring I., Kottappden.

8. Rennen. 1. Karita Redburn (Huber), 2. Heila Timoro (F. Wils), 3. Rehofener (Freundt). Toto: 49: 10. Platz: 17, 28, 24: 10. Ferner liefen: Billy Dillon, Loufette, Gartenmädchen, Krosfeld, Lunaria, Zamerlan, Dancing Girl, Adelme, Kallore, Lindom-Beier.

9. Rennen. 1. Denkmänge (Rantenberger), 2. Ring (Seidner jr.), 3. Goubler jr. (Eberl). Toto: 100: 10. Platz: 68, 60, 175: 10. Ferner liefen: Gerhard, Dichtung, Angriß, Dampfs I., Gumein, Cocana Re-Rennen, Hauptmann, Erbhing jr., Heidemann, Röglich, Barometrie, Ingrid Galt, Ranzonares, Baron Edelster, Aligold, Antepellant, Jeld.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Rachdruck verboten.) West-Wind, bewölkt und weiterhin mit Strichregen. Für Deutschland: Ueberall unbedeutendes, zu Niederstlagen neigendes Wetter bei sehr niedrigem Temperatur.

Kindertafel bei Grünfeld.

Im Rahmen einer kleinen Ausstellung zeigt das Haus Grünfeld, Leipziger Straße, Kinderwäsche und Kinderkleidung. Von der lustigen Wogengarnitur angefangen, über das Spielhöschen, Schaffied, Bade- und Sportkleidung zur warmen Winter-emballage. Zwischen diese Zeitabschnitte fallen dann noch allerlei festliche Gelegenheiten, wie Geburtstagsfeier, Kinderfeste usw., die natürlich wieder das Festtagskleid zu Ehren bringen. Es soll zwar eine ganze Anzahl kleiner Menschenkinder geben, deren Mütter und Väter nach dieser Richtung hin gewaltige Rüden aufweist, die schon froh sind, wenn sie im Sommer ein Badehöschen und im Winter ein molleses Lätzchen besitzen. Aber schließlich: Leben und leben lassen! Aus all den kleinen Modepüppchen werden später wieder Modedamen und auch die müssen sein. Die Miniatur-Modenschau zeigt eine Fülle hübscher, lustig-garler Kleidchen in Haie, Crêpe de chine, dann Schul- und Spielkleidung für den Sommer aus Indanthrenstoffen, für Herbst und Winter hauptsächlich Strickkleidung. In hübschen, kleinen Reihen sind Kindergruppen beim Spiel, in der Schule, am Kaffeetisch usw. dargestellt.

Englisch und Französisch. Im Oktober beginnen neue Abendkurse für Genossen und Genossinnen mit und ohne Vorkenntnis bei Genoffin Hof, R. 50, Spichernstraße 16, Gartenhaus 3 Trp. rechts. Anmeldungen, auch schriftlich, bis 3. Oktober täglich 17-20 Uhr.

BEKANNTMACHUNG

Die beiden Firmen
LINDA-GESELLSCHAFT
 FÜR KONDENSIERTE MILCH & KINDERMILCH M. B. H.
NESTLE
 ERZEUGNISSE
 und
OTTO & QUANTZ SCHOKOLADENWERKE A. G.
PETER CAILLER KOHLER
 haben sich zusammengeschlossen und führen ihre Betriebe ab 1. Oktober 1928 gemeinsam unter der Firma
DEUTSCHE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR NESTLE
 ERZEUGNISSE
 LINDAU/Bodensee
 Verkaufszentrale: BERLIN W 57

Von der neuen Firma werden hergestellt und vertrieben:
KINDERNÄHRMITTEL
 NESTLE'S Kindermilch
 NESTLE'S Milchs-Mehl
 »ELEDON«, Buttermilch in Pulverform
KONDENSIERTE MILCH
 Marke »Milchmädchen«, gezuckerte Alpenvollmilch
 Marke »Milchmädchen«, ungezuckerte Alpenvollmilch
 Marke »IDEALS«, ungezuckerte Alpenvollmilch
SCHACHTELKÄSE OHNE RINDE
 Erster und Original-Emmentaler ohne Rinde, Marke
 »ALTSCHWEIZER« der Firma Gerber & Co. A. G., Thun (Schweiz)
EMMENTALER ohne Rinde, Marke »IDEAL«
SCHOKOLADEN UND PRALINEN
 NESTLE'S Schokoladen und Pralinen
 GALA PETER Milchsokoladen
 CAILLER Schokoladen und Pralinen
 KOHLER Schokoladen und Pralinen

DEUTSCHE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR
NESTLE
 ERZEUGNISSE
STADTVERKAUF BERLIN
 Berlin W 57, Bülowstraße 56 / Fernsprecher: Kurfürst 1105

Gesunden Schlaf kräftige Nerven
Baldorin
 W. S. Müller / Was sollte auf der gen. gesch. Nerven in jeder in Apotheken und Drogerien.
 Hersteller: Otto Stumpf A.-G. Chemnitz.

Am Freitag, abends 8 Uhr, verabschiedet plötzlich und unerwartet mein geliebter Mann, unser guter Vater und Großvater, der Reichsanwalt
Berthold Gilgemeng
 im 65. Lebensjahre.
 Dies folgen tiefbetrübt an
Ottile Gilgemeng
 und Angehörige.
 Reußlin, Reisinger Str. 29/30.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 4. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen Jersalameer Friedhof, Hermannstr. 84-90, statt.

Ernstere Warnungszeichen!

Atemnot, Schwindelgefühl, frühzeitiges Altern, hoher Blutdruck usw. zeigen zumeist den Beginn der gefährlichen **Arterienverkalkung** an. Bekämpfen Sie diese, ehe es zu spät ist, durch **Radiosclerin** (D.R.P.W. Nr. 313344) den seit Jahren ärztlich empfohlenen radiumhaltigen Brunnenabköchling, welche die Blutzirkulation in den Schlag- u. Pulsadern fördern und die Kalkablagerung verhindern: 3-6 Tabletten täglich in 100cc Wasser gelöst, ergeben einen angenehm schmeckenden, erfrischenden Brunnen, daher im Hause wie auf der Reise leicht anwendbar. In Sanatorien und Kliniken vielfach verordnet. Röhre mit 18 Tabl. 2,50, Packg. mit 3 Röhre 11,- zu haben in den Apotheken. Ausführliche Literatur mit ärztlichen Gutachten kostenfrei durch General-Depot
Hefanen-Apotheke, Berlin A. 21,
 Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz.

Am 28. September entschlief nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der frühere langjährige Expedient des Vorwärts
Johannes Rautmann
 im Alter von 69 Jahren.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Emma Rautmann, geb. Kohn.
 Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 3. Oktober, nachmittags 4.30 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Unser alter Genosse
Johannes Rautmann
 Donaustraße 113
 ist am 28. September im Alter von 69 Jahren verstorben. Er gehörte zu den alten Kämpfern, die schon unter dem Sozialistengesetz für die Partei gekämpft und gelitten.
 Ehre seinem Andenken.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand der 90. Abt. (Neukölln)
 Die Einäscherung findet am Mittwoch, 16^{1/2} Uhr, in Baumschulenweg statt.

In unserer Spezialabteilung
TEPPICHE GARDINEN
 bieten wir eine Riesenauswahl von Teppichen, Brücken, Läufmatzen, Uniolem, Gardinen, Stores, Dekorationsstoffen, Steppdecken, Diwanddecken, Tischdecken, Sofakissen, Korbesesseln, Armaturen zu niedrigen Preisen auf
TEILZAHNUNG
 1/3 Anzahlung, 8 Monatsraten
Bedder
 Brunnenstraße 1/2

„Was? — 75 Pf. hat Dich die Tour gekostet, die uns 20 Mark kam?“
 „Na ja, ganz einfach — ich habe mir 'ne Schachtel „Lebewohl“ gekauft und bin alles gelaufen.“
 *) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Balsamschlehen, Bleichzose (B. Pfister) 75 Pf., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschwellen, Schachtel 20 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Entschuldigungen erlauben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Bleichzosen und weisen andere, angeblich „ebenfalls gute“ Mittel zurück.

Kongress des AFA-Bundes.

Hamburg, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Heute vormittag wurde im Hamburger Gewerkschaftshaus der 3. Kongress des AFA-Bundes durch den Vorsitzenden Reichstagsabgeordneten Aufhäuser eröffnet. Unter den zahlreich erschienenen Vertretern der Behörden und Parlamente sah man u. a. den Reichsarbeitsminister Bissell und den Reichspräsidenten Lobe. In seiner Begrüßungsansprache gab Aufhäuser einen Rückblick auf die Entwicklung des AFA-Bundes. Heute sei es mit der früher von den Angestellten vertretenen Meinung, daß sie sozusagen eine Mittelschicht zwischen Arbeitern und Unternehmern darstellen, vorbei. Charakteristisch und symptomatisch für diese Umschichtung sei der Fall Lambach. Lambach als solcher interessiere die AFA-Bewegung weniger, aber daß dieser Fall innerhalb der Angestelltenbewegung, die dem AFA-Bund feindlich gegenüberstehe, überhaupt vorkommen konnte, sei ein Beweis für die geistige Revolutionierung der Angestelltenchaft. Diese Revolutionierung sei ein Ergebnis der sozialen und strukturellen Umschichtung, die dem Kongress ihre Bedeutung gebe.

Reichsarbeitsminister Bissell

hielt, zugleich im Namen der Reichsregierung, eine Begrüßungsrede, in der er betonte, daß vor allem das Reichsarbeitsministerium in einer engen Fühlung mit den großen wirtschaftlichen Vereinigungen stets eine unerlässliche Voraussetzung seiner Arbeit gesehen habe. Sie werden, so fuhr der Minister u. a. fort, der Deffektivität zum Bewußtsein bringen, wie stark die Angestelltenchaft sowohl im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft wie innerhalb der Arbeitnehmerchaft gewachsen ist und welche hervorragenden Anteil sie an dem Gedeihen der Wirtschaft und des Staates heute besitzt. Ihre Forderungen werden um so mehr Anspruch auf Beachtung haben, als wohl kaum eine Schicht unseres Volkes in so außerordentlichem Maße Not gelitten hat wie gerade die Angestelltenchaft.

Der Minister verwies des weiteren auf seine Ausführungen über die Ausgestaltung des deutschen Arbeitsrechts auf der Tagung des AFA-B. Ich denke vor allem auch mit Ihnen an die Not der stellungslosen älteren Angestellten. Ich werde weiter bemüht sein, diesen wertvollen Kräften ihren Arbeitsplatz nach Möglichkeit zu erhalten, den Arbeitslosen ihr Los zu erleichtern und gegen eine mißbräuchliche Ausnutzung der Notlage einzuschreiten.

Die in der Entschließung des Bundesvorstandes gemachten Vorschläge werden auch in diesem Punkt von dem Reichsarbeitsministerium aufs sorgfältigste geprüft werden. Seien Sie versichert, daß ich den größten Wert darauf lege, an die Lösung aller dieser Fragen in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den beteiligten Berufsverbänden heranzutreten.

Den Begrüßungsworten des Reichsarbeitsministers folgten solche des Reichspräsidenten Lobe, der ausdrücklich feststellte, daß er nicht im Namen aller Parteien spreche, des Sekretärs des AFA-B. Sollenbach, einer ganzen Reihe von Vertretern in- und ausländischer Verbände und des Abg. Dr. P. Herz für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Vorsitzende des Kongresses wurden Aufhäuser, Stähr und Uhrhans. Die Vormittagssitzung war damit beendet.

Nachmittagsitzung:

Der Bundesvorsitzende Stähr erstattete den Geschäftsbericht über die innere Verwaltung. Stähr weist zunächst darauf hin, daß der AFA-Bund seit dem letzten Kongress eine sozialpolitische Abteilung, eine Abteilung für Bildungsarbeit und eine arbeitsrechtliche Abteilung geschaffen hat.

Den allgemeinen schriftlichen Geschäftsbericht ergänzt Bundesvorsitzender Aufhäuser. Er weist darauf hin, daß die Gewerkschaften durch die wirtschaftliche Entwicklung zu einer Art Unipersonalvereinigung geworden seien, und geht dann auf die wirtschaftliche Entwicklung der letzten drei Jahre ein. Im ersten Teil dieser Berichtsperiode habe das Arbeitslosenproblem im Vordergrund gestanden, im zweiten Teil lösten die Lohnkämpfe eine öffentliche Diskussion zwischen Unternehmern und Gewerkschaften aus. Die Unternehmer haben da nicht gerade bewiesen, daß sie auf einem hohen geistigen Niveau standen. Denn wie auch die Wirtschaftslage gewesen ist, ihre Argumente waren immer die gleichen, ob Krise, ob Hochkonjunktur, immer wurde mit den gleichen Argumenten gearbeitet. Durch die Konzentration des Kapitals, durch die Schaffung von Syndikaten, Kartellen und Trusts sind wir in eine kapitalistische Restauration hineingeraten, in einen Unternehmerabsolutismus. Es ist vor allen Dingen die Schwerindustrie, die eine Diktatur ausübt. Während die Schwerindustrie

Kriegszeiten schuf und pro Kopf und Monat der Beschäftigten einen Beitrag von 5 Mark erhob, erklärten die Unternehmer, daß für Lohnhöhungen kein Geld da sei.

Aufhäuser erinnert dann an die Drohungen der Schwerindustrie, die Betriebe stillzulegen, wenn das Dreifachsystem durchgeführt würde: Das ist Klassenkampf von oben. Damals bestand eine Rechtsregierung, die gegenüber dem Verlangen der Schwerindustriellen nachgegeben hat. Diese Rechtsregierung hat auch in die Lohnentwicklung zugunsten der Unternehmer eingegriffen. Die Diskussion über

das Verhältnis von Lohn, Preis und Konjunktur

ist noch nicht zu Ende. Es gibt keine größere Täuschung der Deffektivität, als eine Lohnsteigerung zu identifizieren mit einer Preissteigerung. Die Konjunktur wird erhalten, wenn die Löhne erhöht werden und nicht, wenn die Gewinne, die durch die Rationalisierung erzeugt werden, in erhöhte Dividenden und Reserven umgewandelt werden. Zuerst den Gewerkschaften hat man auch die Gemeinden bekämpft, weil sie die Gemeinwirtschaft fördern wollten. In diesem Kampf haben wir keinen vollen Erfolg errungen; darunter leidet heute die Konjunktur und die große Masse der Arbeiterschaft. Ist diese Preisdiktatur der Schwerindustrie noch länger zu ertragen, oder müssen nicht die öffentlichen Gewalten eingreifen. Aufhäuser erinnert hier an die Programmierung der gegenwärtigen Regierung, in der es heißt, daß angesichts der Kartellentwicklung die nötigen Maßnahmen getroffen werden müßten. Wir wollen nicht vom Einzug der Konopolisierung überfahren werden, wir wollen mitfahren und mitbestimmen. Mit der Konzentrierung des Kapitals muß sich die Konzentrierung der Gewerkschaften vollziehen und der Kampf von außen gegen das Preismonopol des Kapitals geführt werden. Aufhäuser weist dann auf

die Entwicklung des Kollektivismus

hin, die besonders in der sozialpolitischen Gesetzgebung zum Ausdruck kommt, wo die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Vertreter der Arbeiterschaft, das Monopol erhalten haben. Dieser sozialpolitische Erfolg dürfe nicht verfeinert werden. Es ist eine Gefahr, wenn man immer wieder sagt, es helfe doch nichts. Das Parlament kann gewiß nicht die kapitalistischen Kräfte aufheben, aber es kann uns die Freiheiten sichern und die stabile Grundlage schaffen, um einen erfolgreichen Kampf gegen die kapitalistischen Kräfte zu ermöglichen.

Aufhäuser geht schließlich im einzelnen auf die verschiedenen sozialpolitischen Forderungen und die Errungenschaften der letzten Jahre ein und setzt sich mit der Frage der Behebung der Mängel des Schlichtungswesens auseinander. Nicht die Beseitigung des Schlichtungswesens ist zu fordern. Es ist zu fordern, daß das Schlichtungswesen verbreitert und der Einfluß der Gewerkschaften verstärkt wird.

Wir fordern den sozialen Staat.

denn dieser soziale Staat ist die Voraussetzung der Aufwärtsentwicklung der Arbeiterschaft zur wirtschaftlichen und zur geistigen Freiheit. (Beifälliger Beifall.)

In der

Diskussion

spricht zunächst Dr. Kröner, der auf die Frage der Angestelltenversicherung eingeht und es als einen Standart bezeichnet, daß bei einer Durchschnittsrente von 80 Mark die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung ein Vermögen von über 1 Milliarden annehmen konnte. Er legt Protest ein gegen die Ausschaltung der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen aus dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Schröder-Berlin bespricht insbesondere die Frage der Arbeitslosenversicherung und des Schutzes der arbeitslosen Angestellten. Notwendig sei besonders, daß die Betriebsvertretung ein Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen erhalte. Wenn jetzt Notgemeinschaften von älteren Angestellten gebildet würden, so sei das keine Stärkung, sondern eine Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation. Das Problem der Not der älteren Angestellten sei kein Sonderproblem, sondern gruppierte sich ein in

das gesamte Problem der Not der Angestellten.

Heinig-Berlin erörtert die Mängel in der Konjunkturforschung, die durch das System der Anstalt für Konjunkturforschung sich herausgestellt haben und fordert eine Reform des Index, der heute nicht mehr die tatsächliche Preissteigerung angebe.

Konora tritt für die Artisten ein, die von den Versicherungsbehörden als Selbständige deklariert und somit von der gesamten Sozialversicherung ausgeschlossen worden sind. Er bezieht sich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts, die ausdrücklich die Artisten als nicht selbständig bezeichnet, sondern als Arbeitnehmer, und verlangt vom Reichsarbeitsministerium, daß in der Aufstellung der Berufe der Angestellten die Artisten aufgenommen werden.

Lehmann begrüßt die Frage der

Verteilung der Sozialversicherung.

Die Voraussetzung dafür müsse die Angleichung der Leistungen

sein, so daß die Rechte der Angestellten keine Verschlechterung erleiden.

Bachmann bringt die Zufriedenheit der Bundesmitglieder mit der Tätigkeit des AFA-Bundesvorstandes zum Ausdruck.

In der Abstimmung werden zu den verschiedenen Fragen eine ganze Reihe von Entschlüssen angenommen. — Weiterberatung Dienstag.

Lohnbewegung der Handelsarbeiter.

Neue Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Wie bereits mitgeteilt, sind die Verhandlungen über die Lohnforderungen der Handelsarbeiter des Berliner Einzelhandels gescheitert, da die Unternehmer geradezu lächerliche Angebote gemacht hatten. Die Funktionäre der im Verkehrsband organisierten Handelsarbeiter billigten die Haltung der Verhandlungskommission, die die „Angebote“ der Unternehmer abgelehnt hatte, und beauftragten die Organisation, zunächst noch den Schlichtungsausschuß anzurufen, bevor weitere Kampfentschlüsse gefaßt werden sollen.

Wie wir erfahren, hat der Schlichtungsausschuß die Parteien bereits zu heute zu Verhandlungen geladen. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen wird in einer Versammlung der Handelsarbeiter am Freitagabend im Gewerkschaftshaus entschieden werden.

Lohnkämpfe im Auslande.

Der australische Hafenarbeiterstreik.

London, 1. Oktober.

Der australische Ministerpräsident hat nach Meldungen aus Adelaide im Anschluß an Besprechungen mit den Polizeibehörden eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß Maßnahmen getroffen würden, um allen möglichen Ausschreitungen der Streikenden zu begegnen. Die Polizei werde von den Werften nicht zurückgezogen werden.

Der Ausbruch eines Generalstreiks im australischen Schiffsahrtsgewerbe gilt nun als unvermeidlich. Die Seemannsunion hat sich bereits auf einer entsprechenden Konferenz mit dieser Möglichkeit befaßt und Vorbereitungen getroffen, um die Kontrolle der Bewegung in der Hand zu behalten.

10 000 tschechische Bergarbeiter im Streit.

Prag, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf einer Konferenz der freien Bergarbeiterorganisation wurde das Angebot der Unternehmer, das eine zwei-prozentige Lohnhöhung vorsieht, dafür aber erhebliche Leistungen und die Befestigung verschiedener Bereiche des alten Kollektivvertrages verlangt, einstimmig als ungenügend abgelehnt und beschlossen, die Arbeit einzustellen. Die Arbeitsunruhe wurde sofort in 31 öffentlichen Bergarbeiterversammlungen proklamiert. Der Streik hat am Montag begonnen und umfaßt mehr als 10 000 Bergarbeiter.

Mätung, Bauarbeiter. Die Rohrer befinden sich ab Dienstag, dem 2. Oktober, im Streik. Alle Bauarbeiter, hauptsächlich die Fuhrer, wollen darauf achten, daß Rohrdiebstahl nicht angezettelt werden. Deutscher Bauarbeiterbund, Jahrgruppe der Rohrer.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deuts. Dienstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Hasenburger Platz: Gruppenheim, Jugendheim, Pflanzengartenstr. 8. Vortrag: „Scipio Africanus.“ — Kreuzbühlener Platz: Jugendheim, Ritterstr. 18. Nummer 2. Heimbesprechung — Kontrolle der Ortsausweise. — Humboldt: Gruppenheim, Jugendheim, Braun- u. Edelbergstr. 10. Heimbesprechung. — Angabe des Agitationsmaterials, Verbandbuchkontrolle. — Treptow: Gruppenheim, Schule Wildenbruchstraße 55-54 (Hortzimmer), Heimbesprechung. — Verbandsbücher und Heimausweise mitbringen. — Köpenick: Gruppenheim, Jugendheim des Verkehrsbandes, Engelstr. 24-25. Vortrag 8 Uhr. Wie lernen Kampflieder, Kämpf! Jugendheim heute Nummer der Gewerkschaftsschule, 2. Hof. — Spandau: Gruppenheim, Markt, Jugendheim, Lindenstr. 1. Heimbesprechung, Verbandbuchkontrolle. — Lichterfeld: Jugendheim, Sportplatz Sauffelde, an der Seilbahnstr. Heimbesprechung, Verbandbuchkontrolle. — Wilmersdorf: Beirat der Mitgliederversammlung, um 19½ Uhr. Vortrag: „Kampf um die Freiheit.“ — Wilmersdorf, 2. Oktober, Besprechung des Gewerkschaftsanwaltes, Engelstr. 24-25. Treffpunkt 19½ Uhr, 2. Hof des Gewerkschaftshauses.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Dienstag, findet folgende Veranstaltung statt: Rothweil: Jugendheim Lehrstr. Straße 18-19, Heimbesprechung, anschließend Singen etc. Verantwortlich für Vollzug: Dr. Kurt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelböder; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Göttern; Beiratsrat: Dr. John Schützmann; Entlassung und Sanierung: Fritz Karst; Angewandte: Th. Giese; Amtlich in Berlin: Berlin: Formaris-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaris-Verlagsdruckerei und Vertriebsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen aus „Unterhaltung und Wissen“.

Neue Lehrkurse der Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin

Geschäftsstelle: Berlin N 24, Große Hamburger Straße 20. Telephon Amt Norden 3340.

Tatsache ist, daß täglich verschiedenlich Unfälle passieren, sei es im Betriebe, auf der Straße oder sonstwo. Der größte Teil der Menschheit steht hierzu machtlos gegenüber, weil er nicht über die genügende Sachkenntnis verfügt; und wenn derselbe schon helfend eingreift, geschieht es in den meisten Fällen zum Schaden des Verletzten. Diesem Uebelstand will der Arbeiter-Samariter-Bund e. V. und seine ihm angeschlossenen Kolonnen entgegenreten. Zu diesem Zweck werden alljährlich Lehrkurse in allen Stadtteilen Berlins abgehalten. Sämtliche Kurse stehen unter ärztlicher Leitung. Kommt in unsere Kurse und erwerbt die dazu notwendigen Kenntnisse. Dauer der Kurse 20 bis 24 Doppelsestunden. Der Kursbeitrag beträgt einschl. Prüfungszeugnis 4 RM.

Lehrplan.

Erster Teil: Beschreibung des menschlichen Körpers.
a) Anatomie (Lehre vom Bau des menschlichen Körpers).
b) Physiologie (Lehre von den Verrichtungen des menschlichen Körpers).
Zweiter Teil: Die Samaritertätigkeit.
a) Verletzungen. Blutige Verletzung. (Wundverlauf,

Behandlung, Blutstillung, Verbandlehre, Instrumente).
Ablutige Verletzungen.
1. mechanische: Quetschungen, Versäuchungen, Verrenkungen, Knochenbrüche.
2. thermische: Verbrennungen, Hitzschlag, Erfrierungen.
3. chemische: Verätzungen.

4. elektrische: Hitzschlag, Hochspannungsströme.
b) Erkrankungen. Infektionskrankheiten, Ohnmacht, Bewußtlosigkeit und Scheintod, Ertrinken, Ersticken, Erhängen, Blutungen aus dem Körperinnern, Fremdkörper, Vergiftungen.
c) Krankenbeförderung, Krankentransport.

Lehrkurse.

Ort	Tag	Datum	Ort	Tag	Datum	Ort	Tag	Datum
Köpenick	Montag	15. Oktober	Schönerlander Straße 5	Steglitz	Dienstag	16. Oktober	Schule, Plantagenstraße	
Friedrichshagen	-	15. -	Schule, Lurnhalle	Tiergarten	Mittwoch	17. -	Weitliche Schule, Waldenserstr. 19/21	
Reinickendorf	-	15. -	Gemeinschaftschule, Pantower Allee	Wedding	Donnerstag	4. -	Schule, Schußstr. 99	
Pankow	-	15. -	Gemeinschaftschule, Schulstraße	Adlershof	-	4. -	Säuglingsfürsorge, Niederschönew., Grünauer Str. 1	
Mitte	Dienstag	2. -	Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz	Neukölln	-	4. -	Schule, Rütlistraße	
Lichtenberg	-	2. -	Weitliche Schule, Scharnweberstr. 19	Friedrichshagen	-	11. -	Jugendheim, Große Frankfurter Straße 16	
Hermisdorf	-	2. -	Schule, Roonstraße, Lurnhalle	Schöneberg	-	11. -	Schule, Feurigstr. 57	
Weißensee	-	9. -	Schule, Wilhelmstraße	Prenzl. Berg	Freitag	5. -	Schule, Kastanienallee 81/83	
Reinickendorf	-	9. -	Local Matter, Eichbornstr. 94	Artenberg	-	5. -	Schule, Bergmannstr. 60/65	
Treptow	-	9. -	Schule, Wildenbruchstraße, Ecke Braehstraße	Friedrichsfelde	-	5. -	Jugendheim, Alfriedrichsfelde, Ecke Schloßstraße	
Charlottenburg	-	16. -	Leibniz-Realgymnasium, Schillerstr. 125/127					
Spandau	-	16. -	Local Supte, Lutherplatz 14					

Beginn abends 19,30 Uhr

Zerfließende Sammlung.

Der Stahlhelm bläß — und alle flüchten.

Der Sammelruf des von Hugenberg inspirierten Stahlhelms für die große Nacht gegen die Republik ist kaum erloschen worden — und schon flüchten die einzelnen Bestandteile der enträumten „großen Rechte“ gründlich auseinander.

Der „Jugendliche Orden“, der in heftiger Fehde mit Hugenberg lebt, erteilt den Hugenberg-Plänen mit dem Stahlhelmsbegehren eine scharfe Abfuhr. Er stellt für jeden Kampf um die „Neugestaltung des Staates im Sinne des Volksstaates“ die folgenden Grundforderungen auf:

1. Die politische Gleichheit aller Staatsbürger und die gerechte Behandlung aller in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht muß gewährleistet sein.
2. Jedes Spiel mit der Wiederherstellung der Dynastien auf dem Boden des Legalismus muß unmöglich gemacht werden.
3. Plutokratische Einflüsse auf die Volksvertretung, die Beherrschung der Parteien durch Trusts und Konzerne muß ohne Ansehen der Partei beseitigt werden.
4. Aufsichtsratsmitglieder privater Erwerbsgesellschaften dürfen nicht Volksvertreter sein.
5. Das Koalitionsrecht aller Stände und Berufe muß für Arbeiter wie Arbeitnehmer in Arbeitgeberverbänden, Innungen und Gewerkschaften gewährleistet sein.

Das ist in der Sache — Punkt für Punkt — die schärfste Kriegserklärung gegen das Befehlliche an den Plänen Hugengebgs — gegen Diktatur, Monarchismus und Trustherrschaft! Hier ist die Sammlung vorbeigelungen.

Über die Deutschnationalen! Die Drohung des Blattes der christlichen Gewerkschaften: kein Platz mehr für christliche Gewerkschaften in der deutschnationalen Partei hat heftiges Erschrecken bei ihnen hervorgerufen. Eine Erklärung der deutschnationalen Pressestelle rückt ab vom Bekenntnis des Stahlhelms zu den Gelben:

Was die Deutschnationale Volkspartei betrifft, so ist der Standpunkt vollkommener Neutralität gegenüber den Arbeiterorganisationen ein längst bestehender und allgemein auch von den Gewerkschaftsvertretern in der Partei anerkannter Grundsatz. Graf Westarp hat darüber kürzlich noch folgende Ausführungen gemacht: „Das Ringen um das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften und um die Stellung der Gewerkschaftsvertreter in der Partei ist ein Teufelskreis der Aufgaben, die sich aus dem Verhältnis zwischen Partei und Berufsvertretung überhaupt ergeben. Was die Gewerkschaften betrifft, so bin ich der Meinung, daß die Partei als solche nicht darüber zu entscheiden hat, in welcher Form die Berufsstände, also auch die Arbeiter, sich organisieren sollen. Der Arbeiter und der Vertreter einer Gewerkschaftsorganisation, ebenso wie der in anderer Form oder gar nicht organisierte Arbeiter oder Angestellte, die sich an das nationale Programm der Partei halten, haben selbstverständlich in unserer Volkspartei Heimatrecht.“

Was wird nach dieser Erklärung aus den Plänen Hugengebgs gegen Lombach, aus dem Kampf gegen die Gewerkschaftsführer in der DNB, der ein Hauptbestandteil der Hugenbergischen Aktion ist? Die Stellung der Deutschnationalen zur neuesten Hugenberg-Stahlhelmaktion wird immer lagenämmerlicher.

Was bleibt zuletzt? Man erfährt es aus einem Aufsatz der „Berliner Tageblatt“ von besonderer Seite zugehängt ist: eine Deutsche Kaiserpartei. Die könnte Hugenberg zur Not noch zum Anbringen. Die Kaiserpartei hätte er dann, aber den Kaiser? Das „Berliner Tageblatt“ erzählt sehr hübsch:

„Und so ganz einfach war es auch jetzt noch nicht, eine erhebliche Anzahl von Monarchistengruppen von der Ausschloßhaftigkeit und damit geradezu Schädlichkeit ihres speziellen Thronanwärter zu überzeugen. Vor allem in nächster Nähe und selbst unmittelbar bei den „höhen und höchsten Herrschaften“ war das manche Schwierigkeit zu überwinden. So waren Prinzenmütter durchaus nicht ohne weiteres zu überzeugen, daß nur ihr ältester Sohn, nicht aber ihr Gemahl als Thronanwärter in Frage käme, ihnen selbst also nur allenfalls die Rolle der Kaiserinmutter, nicht aber die eines regierenden Kaisers in Aussicht gestellt werden konnte. Aber schließlich haben doch die Revolte Lombachs und manch anderer Vorgang der letzten Jahre die meisten Monarchisten überzeugt, daß die Zerstückelung in der Personenfrage auf keinen Fall fortdauern darf. Ein endgültiger offizieller Zusammenschluß zu einer nach einheitlichen Richtlinien arbeitenden monarchistischen Partei ist allerdings noch nicht zustande gekommen. Wohl aber ist erreicht, daß alle Gruppen, die bisher mit zöher Hartnäckigkeit den ehemaligen Kronprinzen oder gar den Kaiser selbst oder auch einen der anderen Kaisererben als geeignetsten und würdigsten Thronanwärter auf den Schild erheben wollten, sich nunmehr zu der schon seit Jahren von den Alldeutschen propagierten „allein-legitim-monarchischen Auffassung“ bekehrt haben, daß nur der älteste Kronprinzensohn als Kronpräsident in Frage käme.“

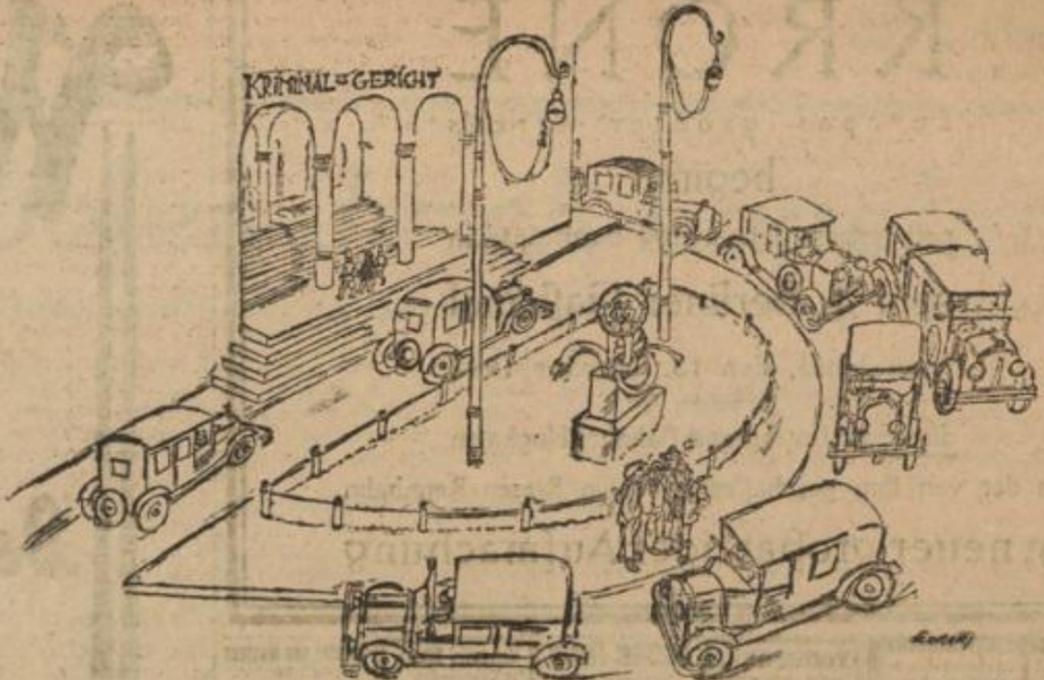
Prinz Wilhelm, den Harry Domela belannigemacht hat, als Präsident Hugengebgs — das soll der einzig positive Erfolg der großen Aktion werden. Immerhin wäre das noch neu: ein legitimistischer Kaiser, dessen Vater noch am Leben ist — so etwas hat Seltenheitswert. Man muß schon auf Karl V. zurückgehen, um einen Vorgänger zu finden. Er dankte zugunsten seines Sohnes ab. Prinz Wilhelm als legitimistischer Präsident würde nicht nur einen noch lebenden Vater, sondern sogar einen noch lebenden Großvater haben! Karl V. ging nach der Abdankung ins Kloster — will Friedrich Wilhelm, der Exkronprinz, nach dem Verzicht zugunsten seines Sohnes auch ins Kloster gehen?

Die neue Reparationsdebatte.

Frankreichs Schuld an U.S.A.

Ministerpräsident Poincaré hat am Sonntag in einer Denkmalsrede die ernste Bereitschaft seiner Regierung zu Beratungen über eine Andregelung der deutschen Reparationsschuld betont. Ein Hauptantrieb zu dieser Bereitwilligkeit liegt in folgender Tatsache: Frankreich schuldet den Vereinigten Staaten u. a. 406 Millionen Dollar als Kaufpreis für die von den amerikanischen Truppen in Frankreich zurückgelassenen Militäreffekten, von denen man übrigens behauptet, daß Frankreich sie ungeachtet überzahlen müsse. Da Frankreich das Wilson-Berenger-Abkommen nicht ratifiziert, wird diese amerikanische Forderung am 1. August 1929 fällig und Frankreich wird gezwungen sein, diese Summe in der einen oder anderen Form zu begleichen.

Moabits neues Gesicht.



„Bergmann-Prozess, Kriegaanleihe-Schieber... Weepie Ede, ohne eines Auto wirfte hier nächstens jarnich vorgelassen!“

Die Reichsbannertagung.

Hörsings Rechenschaftsbericht. — Debatte um Hindenburg.

Hannover, 1. Oktober. (Eigendericht.)

Die Bundes-Generalversammlung des Reichsbanners wurde am Montag vormittag um 9 Uhr im Stahlhelm eröffnet. Als Vorsitzende mit gleichen Rechten fungierten: Hörsing, Reichstagsabgeordneter Schäffel, Reichstagsabgeordneter Lemmer und Reichstagsabgeordneter Krons.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt das Wort: Hausach-Hamburg, der unter lebhafter Bewegung das hinterhältige Ueberfall der Kommunisten in Geesthacht schilderte. Hausach schloß mit der Feststellung:

„daß die Geduld der Hamburger Kameraden, die sich seit Monaten die größte Zurückhaltung gegenüber der Propaganda der Kommunisten auferlegt hatten, jetzt zu Ende sei.“

„Hätten wir schon beim Gewerkschaftskongreß uns aus der Ruhe bringen lassen, dann wäre die Jugendfundgebung nicht gespart worden. Aber jetzt haben unsere Kameraden keine Lust mehr, sich niederstrecken und niederknurren zu lassen. Sie haben sich in Geesthacht gegenüber dem gemeinsamen Ueberfall nur zur Wehr gesetzt.“

Hörsing:

„Wir sind empört über diese Vorgänge und danken den Hamburger Kameraden für ihre Langmut und ihre Geduld, aber auch für ihre Tat, endlich Ordnung zu schaffen.“ (Beifall.) Hörsing erwidert dann den Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes: Unsere Kameraden haben überall Großes und Vorbildliches geleistet. Glänzend hat sich auch die Organisation des Reichsbanners im Auslande angelassen. Es gibt fast kein Land, wo nicht Ortsgruppen bestehen. In manchen fremden Ländern sind die Verfassungsfestern besser und würdiger verlaufen als in manchen deutschen Schulen.

Um nicht Gefahr zu laufen, auf die Straße gestoßen zu werden, mußten wir uns ein eigenes Bundeshaus kaufen. Unsere Presse hat sich glänzend entwickelt. Von einem großen Aufzug anlässlich unseres fünfjährigen Bestehens können wir absehen, weil wir für die nächstjährige Verfassungsfeier große Pläne haben. Wir sind gern einer Einladung nach Wien zum Schutzbund gefolgt und deswegen von republikanischer Seite angegriffen worden. Es scheint mir, daß wir einen Teil der Führer der republikanischen Parteien erst noch zu Republikanern erziehen müssen. (Sehr richtig!)

Wir sehen jetzt mit Schrecken zu unseren Brüdern nach Oesterreich.

Was sich dort jetzt abspielt, ist ein Beweis der Unfähigkeit der jetzigen Regierung, das sind Vorbereitungen zum Bürgerkrieg. Mühe zu unseren Kameraden gehen, Oesterreich vor dem Faschismus zu bewahren. Dem Kleinfalber-Schutzwesen haben wir durch die Gründung der republikanischen Kleinfalber-Schutzvereine ein Ende gemacht, obwohl wir deswegen von den Faschisten aufs schwerste bekämpft wurden. Ich meine, es ist immer besser, sich mit einem Kleinfalbergewehr zur Wehr zu setzen, wenn man überfallen wird, als mit der „Menschheit“ oder dem „anderen Deutschland“ in der Hand. Das „andere Deutschland“ ist einer der größten Schädlinge in der republikanischen Front. Solche Art von Pazifismus, wie sie im anderen Deutschland ständig betrieben wird, lehne ich persönlich mit aller Schärfe ab. Mit den Vorständen der republikanischen Parteien haben wir sehr gut zusammengearbeitet. Man hat seinerzeit, als das Kabinett Marx kam, von uns gefordert, Marx rauszuschmeißen. Hunderte von Briefen habe ich bekommen, besonders auch von Zentrumslauten. Eine solche politische Dummheit haben wir aber nicht gemacht. Der schriftliche Austritt von Marx erreichte uns erst vier Tage später, nachdem es schon in in der Presse gestanden hatte.

Die Frage des Reichsehrenmal

ist immer noch nicht gelöst. Ich glaube, daß Seevering sie demnächst einer Lösung entgegenführen wird. Wir haben es nicht verstanden, daß die Amnestie in dem Maße und Umfang durchgeführt wurde, wie das der Fall war oder ist. Ich habe großes Verständnis für die schwierige Lage der Regierungsparteien, aber unsere Kameraden verstanden es nicht, daß Würder begnadigt wurden. Es ist unserer Kameraden unumgänglich, wenn sie sich an dem kommunistischen Volksentscheid beteiligen. In Zukunft darf es auch nicht mehr möglich sein, daß unsere Kameraden solche Auftritte, wie in Holzminden, mitunterzeichnen. Hörsing schließt mit der Forderung, die republikanische Front zu schließen. (Beif. Beifall.)

Die Aussprache.

In der folgenden Debatte spricht zunächst Kamerad Dr. Eisner-Hamburg, der die Mitglieder der Demokratischen Partei auffordert, mehr als bisher sich aktiv im Reichsbanner zu betätigen. Senatspräsident Großmann-Berlin stellt fest, daß noch lange nicht genug für die Republikanisierung getan werde. Der Redner führt aus seiner Erfahrung eine ganze Anzahl von Beispielen an, die berechtigtes Aufsehen erregen. Wenn es nicht anders werde, dann würde der republikanische Richterbund die Hilfe

des Reichsbanners anrufen. Bei einer kleinen hannoverschen Tagung gehe es von Mund zu Mund der Beamten: Trete dem Stahlhelm bei und nicht dem Reichsbanner, wenn auch eure Beförderung lieb ist.

Stord-Darmstadt: Das Reichsbanner ist nicht nur eine Abwehrorganisation, sondern hat positiv im Sinne der Republik zu wirken. Redner wendet sich energisch dagegen, daß General v. Schönau sich überroll als Reichsbannerführer auftritt.

Puffamer-Berlin ist der Meinung, daß es für den Reichspräsidenten der Republik nicht tragbar sei, Ehrenpräsident des Stahlhelms zu sein.

Dr. v. Frankenberg-Braunschweig nimmt scharf Stellung gegen die Beschlüsse der Ortsgruppe Holzminden: Wir können in keinem Fall mit den Bognern zusammengehen.

Schäffinger-Berlin spricht zur Personal- und Wehrpolitik und fordert energische Demokratisierung.

In der Nachmittagsitzung spricht zunächst Rehle-Bremen. Er stimmt Hörsing in bezug auf die Kritik an den Pazifisten bei. Die Bremer hätten eine Schönau-Verlamung der Pazifisten in Bremen geschickt und mußten sich dafür beschimpfen lassen. Das machen unsere Kameraden nicht mehr mit.

Denker-Rantanz spricht für den Schutz des Reichsbanners und wendet sich gegen die politische Zerfahrenheit in Deutschland. Auch er fordert eine energische Demokratisierung, besonders der Justiz.

Frank-Dresden: Auch wir in Sachsen sind unbedingte Anhänger des Einheitsfrontes. In eindringlichen Worten schildert Redner die großen Schwierigkeiten, die der Reichsbannerarbeit in Sachsen besonders durch die politischen Parteien entstehen.

Göpfert-Kassel spricht dafür, daß die Bundesversammlung des Reichsbanners in Berlin nicht am 11., sondern am 4. oder 15. August stattfinden, damit dann in den anderen Orten auch eine würdige Feier veranstaltet werden könne.

Freu-Dreslau: Wir ehren Hindenburg als Menschen. Wir haben uns aber an keinem Empfang in Breslau nicht beteiligt, weil wir wissen, daß der ganze Klüngel, der hinter ihm steht, reaktionär und republikfeindlich ist.

Schödel-Dübel spricht ebenfalls in warmen Worten für die Demokratisierung der Verwaltung und schildert die großen Schwierigkeiten, die republikanischen leitenden Beamten entstehen.

Eberbach-Saargebiet überbringt die Grüße der Republikaner im Saargebiet.

Vorsitzender Lemmer bringt den Kameraden des Saargebiets als Dolmetsch der Versammlung unter lebhaftem Beifall die Sympathien zum Ausdruck.

Debatte um Hindenburg.

Es entspinnt sich dann eine längere Debatte über die Frage, ob das Reichsbanner sich an Empfängen für den Reichspräsidenten Hindenburg beteiligen soll.

Dusoll-Hindenburg bringt dabei zum Ausdruck, daß das Reichsbanner in Obersachsen sich für die großen Empfänge des Reichspräsidenten beteiligen habe, um das Oberhaupt der deutschen Republik zu ehren: „Wir haben dadurch erreicht, daß die schwarzweiß-rotten Gegner zurückgedrängt wurden und der Empfang ein schwarzrotgoldener war. Wir haben gesiegt, denn wir waren stärker.“

Lodebed-Bielefeld begründet einen Antrag, sich so lange nicht an Hindenburg-Empfängen zu beteiligen, so lange Hindenburg Ehrenmitglied des Stahlhelms sei.

Thrum-Görlich wendet sich gegen den Antrag und schildert den großen Erfolg des Reichsbanners beim Hindenburg-Empfang in Görlich, wo ebenfalls der Stahlhelm völlig an die Wand gequatscht und hinterher noch ausgelacht wurde.

Hansen-Riel bestätigt daselbe von Riel und meint: „Wir können dem Reichspräsidenten gar nicht oft genug zeigen, daß wir da sind.“

Stelling-Berlin warnt ebenfalls vor Annahme des Antrags Lodebed: „Wir dürfen uns nicht durch solche Anträge binden. Das wäre eine staatspolitische Dummheit.“

In seinem Schlusswort befaßt sich Hörsing in einigen Sätzen mit General v. Schönau, der durch seine gegenwärtige Arbeit der Republik nicht gut diene, sondern sich in Gegensatz zur republikanischen Front bringe. Hörsing wendet sich ebenfalls gegen den Bielefelder Antrag wegen der Hindenburg-Empfänge und bittet ihn zurückzuziehen.

Die Zurückziehung erfolgt.

Höllermann-Magdeburg gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind anwesend 240 Teilnehmer, davon 14 Mitglieder des Bundesvorstandes, 29 Gauvorsitzende, 11 Mitglieder des Reichsausschusses und 186 Delegierte. Höllermann gibt dem Wunsch der Mandatsprüfungskommission Ausdruck, daß in Zukunft die Delegierten auch ihre Zugehörigkeit zu einer politischen Partei und einer Gewerkschaft rückwärts weisen haben. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission wird darauf einstimmig genehmigt. Dem Antrag der Redatoren dem Kaiserer Erlassung zu erteilen, wird ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Um 7 Uhr vertagt sich die Generalversammlung auf Dienstag.

